

„Wir haben 30 Jahre gebraucht, alles zu deregulieren und von unten nach oben zu verteilen; wir werden wieder 30 Jahre brauchen, um das umzudrehen.“

Michael Dietrich,
Vorarlberger
Armutskonferenz

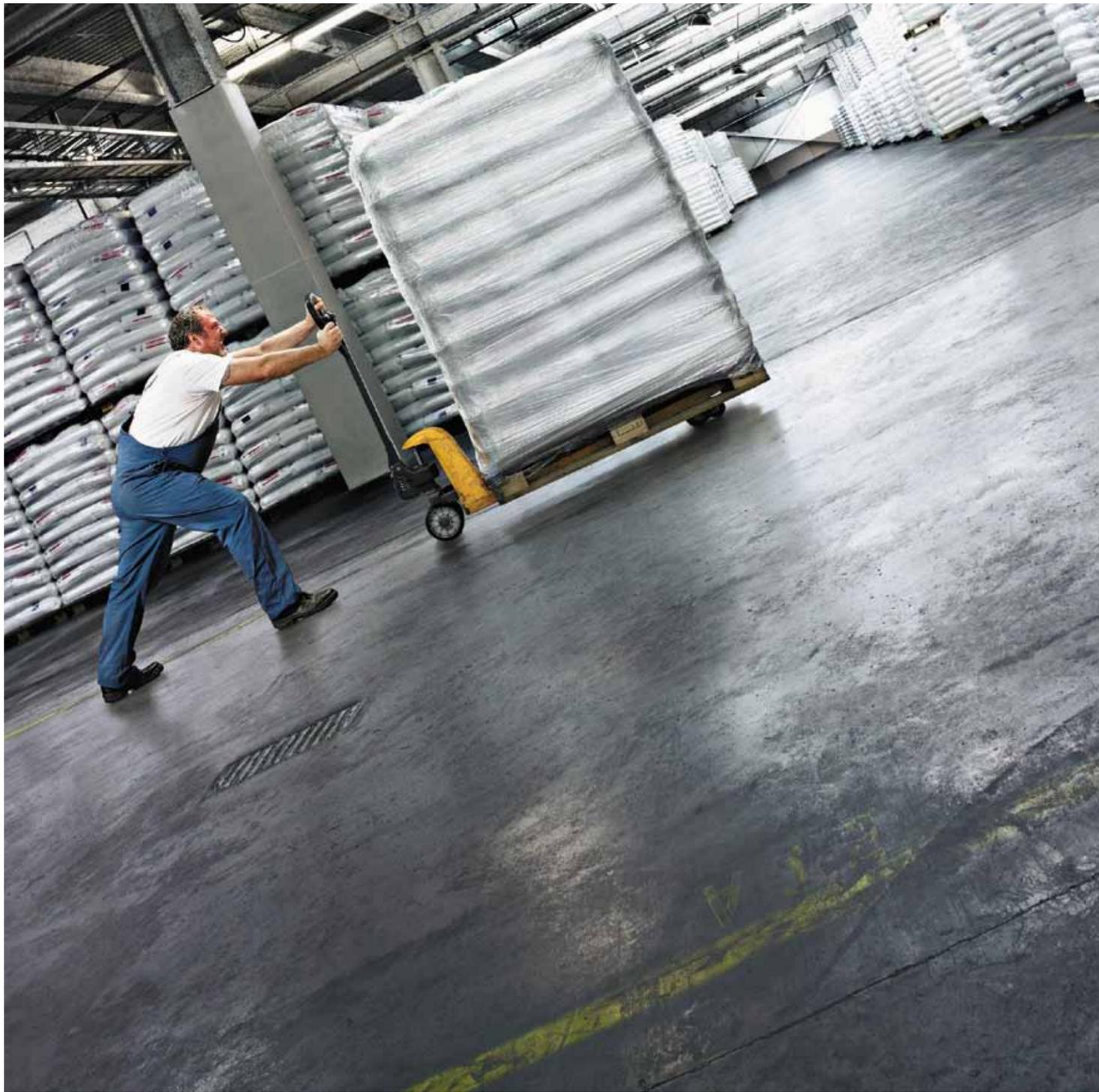


Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

www.ak-vorarlberg.at

Klare Mehrheit für den Umbau des Steuersystems

Seiten 6/7



In Österreich läuft etwas schief: Arbeit wird hoch besteuert, Vermögen kaum – die zentrale Aussage ihrer aktuellen Kampagne verknüpft die AK mit Forderungen.

Seiten 6/7

Aus dem Inhalt

Streikrecht: Rückzieher der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat ihren Verordnungsentwurf zurückgezogen, der das Recht der Arbeitnehmer auf Streik neu hätte regeln sollen.

Seite 3

Beratung: Die AK an deiner Berufsschule

Die AK-Vorarlberg berät Lehrlinge in einem Pilotprojekt direkt in den Berufsschulen Dornbirn 1 und Feldkirch.

Seite 4

Richtiger Weg: Mehr Rechte für Zeitarbeiter

Zeitarbeiter sind stark von Diskriminierung und Armut gefährdet. Eine Gesetzesänderung soll mehr Sicherheit und Gleichberechtigung bringen.

Seite 5

EU-Parlament: Banken sollen Profitgier zügeln

Alle Bürger sollen das Recht auf ein Girokonto haben, unabhängig von ihrem Einkommen oder sozialen Status.

Seite 9

Bungee: Projekt für Wiedereinsteigerinnen

Mit einem Coaching-Programm erleichtert die AK Vorarlberg Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben.

Seite 11

E-Book-Reader zu gewinnen

Ihre Meinung wird belohnt: Unter allen Leserreaktionen verlost die AKtion wieder einen E-Book-Reader.



Seite 12

Mogelpackung des Monats

Die AKtion veröffentlicht künftig die „Mogelpackung des Monats“. Die Serie startet mit den „belVita“ Frühstückskeks, die vom Hersteller als Bestandteil eines ausgewogenen Frühstücks angepriesen werden. Mit einem Zuckeranteil von 20 Prozent, finden wir, sind die Kekse nicht wirklich gesund. Haben auch Sie eine Mogelpackung gefunden? Schreiben Sie uns!



Seite 8

Spitalspersonal: Die Weichen sind gestellt

Gut Ding braucht Weile. Nicht nur die Ärzte profitieren von der Besoldungsreform an den Landeskrankenhäusern, sondern auch die übrigen Berufsgruppen. Mit einer Unterschriftenaktion hatte der Zentralbetriebsrat Druck gemacht.

Nun sollte beim größten öffentlichen Arbeitgeber Vorarlbergs wieder Ruhe einkehren. Am 19. September einigten

sich der Zentralbetriebsrat (ZRB) unter Führung von Astrid Breuß und die Landesregierung über die Details der Gehaltsreform. Wichtig war den Arbeitnehmervertretern, dass die Reform für alle Berufsgruppen mit 1. Juli 2013 umgesetzt wird und Ärzte und Angehörige der übrigen Spitalsberufe nicht auseinanderdividiert werden.

„Es gibt in Zukunft marktconforme Gehälter für alle“, freut sich Breuß

über den Erfolg: „Die Einstiegsgehälter der Jungen werden erhöht, berufsrelevante Vordienstzeiten werden voll angerechnet, es gibt einen transparenten Einreisungsplan und Stellenbeschreibungen für alle Berufsgruppen.“ Gegenüber ersten Verhandlungsschritten hatte der ZRB unter anderem Nachbesserungen für die Diplompflege und technische Dienste gefordert.

Über 2000 Optionsgespräche

Ab Ende Oktober werden die Mitarbeiter in eigenen Veranstaltungen über die Details informiert. Nach einem persönlichen Optionsgespräch können die Betroffenen über einen Wechsel ins neue Besoldungsmodell entscheiden.

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

AK-Rechtsservice
Tel. 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrlinge/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frauen – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „Lehre soll die Universitäten entlasten“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Wirtschaftskammerpräsident Leitl ist, zugegeben, ein honoriger Mann, der sich so manches Mal mit Verstand und Vernunft in der Innenpolitik zu Wort meldet. Seine jüngste Forderung nach einer verkürzten Lehre nach der Matura geht in diese Richtung. Ihm zu unterstellen, der Wirtschaft gehe es damit nur um billige Arbeitskräfte für das erste Berufsjahr nach der Matura, würde seinem grundsätzlichen Drang, es allen recht machen zu wollen, nicht gerecht. Weniger nachvollziehbar ist da seine Hoffnung, mit dieser Maßnahme könnten die Universitäten entlastet werden. Allein die Vorstellung,

dass ein Maturant, der eigentlich Arzt werden wollte, nun die vergleichsweise hoch attraktive Lehrlingsausbildung als Alternative wählen wird, ist absurd. Zu wenig wurde in den letzten Jahrzehnten für die Hebung der Attraktivität der Lehre getan. Man denke an die unselige Lehrlingskündigung, für die im Gegenzug 5000 zusätzliche Lehrstellen versprochen wurden. Man denke an die konsequente Weigerung, die vielen öffentlichen Gelder für die Lehrbetriebe an eine Überprüfung der Ausbildungsqualität zu knüpfen oder das Gejammer, die Lehrlinge wären für die Betriebe viel zu teuer. Die Bundeswirtschaftskammer war immer in vorderster Reihe, wenn es darum ging,

die Lehre schlecht zu reden. Dies auch aus gutem Grund: Die Lehrlingsausbildung zählt in Ostösterreich tatsächlich zu einer Restausbildung, die nur jene wählen, die aus dem Schulsystem fliehen wollen. Im Gegensatz dazu hat die Vorarlberger Wirtschaft in den verschiedensten Branchen enorm viel für die Erhöhung der Attraktivität der Lehre getan. Mit Erfolg, wie die jüngsten Zahlen trotz des demografischen Knicks zeigen. Und es war der Vorarlberger Egon Blum, dem es mit seinem Modell gelungen ist, eine Trendwende am Lehrstellenmarkt herbeizuführen. Er hatte in einem zweiten Schritt die Frage der Qualitätssicherung in der Ausbildung im Fokus. Gescheitert ist er damit

ausschließlich an einem politischen Boykott der Bundeswirtschaftskammer und der SPÖ. Aus sachlich nicht nachvollziehbaren Gründen wurde er als Regierungsbeauftragter demontiert und wurden seine Ansätze durch wirkungslose Flächenförderungen ersetzt. Dabei wäre es höchst an der Zeit, den von ihm vorgezeigten Weg in der Lehrlingsausbildung zu gehen. Dann hätten auch solche Vorschläge wie der von Leitl durchaus ihren Platz und würden nicht nur, wie an dieser Stelle, als Ablenkungsmanöver von vielen Versäumnissen der Vergangenheit gesehen.

„Gute Lehrlinge sind das Rückgrat der produzierenden Industrie und des Gewerbes.“

Rainer Keckeis
AK-Direktor Rainer Keckeis

Leserforum

Mit Bildung die Chancen verbessern

Aktion Oktober 2012: Mit der Berufsreifeprüfung durchstarten
Berufsreifeprüfung! Man muss den Jungen unbedingt klarmachen, dass man mit einer Lehre mit Abschluss nur Chancen im Arbeitsleben hat. Viele unterschätzen das und sind gleichgültig.

Roas Walluschmig, Hohenems

sehr klein gedruckt auf den Packungen angegeben. Es müsste seitens der Regierung und der EU viel mehr Druck auf die Hersteller gedacht werden, damit schädliche Inhaltsstoffe nicht in Verwendung gebracht werden dürfen. Am schlimmsten sind Produkte, welche für Kinder gedacht sind und mit irreführender Werbung in den Verkauf gelangen.

Thomas Koschat, Dalaas

Das Aus für gewagte Versprechen

Aktion Oktober 2012: EU listet erlaubte Angaben auf Lebensmittel auf
Es ist allerhöchste Zeit, dass wissenschaftlich getestete, gesundheitsbezogene Angaben auf Lebensmitteln stehen müssen. Menschen werden irreführt und haben oft sehr wenig Wissen über gesunde Ernährung.

Brigitta Dürr, Schwarzach

Für den Normalverbraucher sind die Angaben auf Verpackungen zumeist sehr unverständlich. Vielfach sind nur E-Nummern angegeben. Seit diese Angaben von der EU vorgegeben werden, ist die Vielfalt noch größer und undurchschaubarer geworden. Der Konsument ist meist überfordert, zudem sind schädliche Inhaltsstoffe meist nur

Verlosung unter allen Einsendern

Liebe Leser, wegen der vielen Zusendungen war es leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.



Den Sony eBook-Reader im Wert von rund 150 Euro aus der letzten Aktion hat Brigitta Dürr aus Schwarzach gewonnen.

Wir gratulieren!



Geschäftsführer Martin Wolf (links) und Mitarbeiter aus verschiedenen Abteilungen stellten sich nach dem Besuch von WolfVision gerne zum Abschiedsbild auf.



AK-Präsident Hubert Hämmerle mit einem Teil der Belegschaft der Gärtnerei Ludescher.

AK-Präsident Hämmerle besucht Top-Betriebe in Klaus

AK-Präsident Hubert Hämmerle besuchte im Rahmen eines Arbeitnehmertages Betriebe in der Gemeinde Klaus.

Auf dem Programm standen zwei sehr unterschiedliche Betriebe. Los ging es in der Gärtnerei Ludescher, wo er von Stephan Ludescher empfangen wurde. Nach einem Rundgang durch das Betriebsgelände blieb auch Zeit, um Anforderungen insbesondere arbeitsrechtlicher Natur anzusprechen, die auch Gärtner- und Floristikbetrie-

ben schwer zu schaffen machen. Breit diskutiert wurde dabei das von der AK Vorarlberg geforderte Modell des betrieblichen Eingliederungsmanagements, welches Krankenstände verkürzen soll.

Eines der Themen, die beim zweiten besuchten Betrieb, WolfVisions, angesprochen wurden. Der Visualisierungsprofi lud anschließend zu einem kleinen Mittagessen, bei dem Hämmerle sich mit einigen Mitarbeitern in gemütlicher Runde austauschen konnte.

Arbeitslos: Geringster Zuwachs im Ländle

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Österreich in diesem Sommer kräftig gestiegen. Anfang September waren um 6,1 Prozent mehr Personen als noch vor einem Jahr arbeitslos gemeldet. Besonders angespannt ist die Situation im Bereich der Zeitarbeitsfirmen (siehe auch Seite 5): Hier gab es im Jahresvergleich um über elf Prozent mehr Arbeitslose. Relativ erfreulich: Vorarlberg zeichnete über alle Branchen hinweg mit 3,5 Prozent den geringsten Zuwachs aller Bundesländer.

Reiche Länder: 15. Platz für Österreich

Das Nettogeldvermögen der Österreicher ist im vergangenen Jahr um 1,1 Prozent auf 40.648 Euro pro Kopf geschrumpft. Dennoch rangiert Österreich noch immer unter den reichsten Ländern der Welt. Platz 15 in dieser Statistik des „Global Wealth Report“ bedeutet einen Rang vor Deutschland, Spitzenreiter ist nach wie vor die Schweiz mit einem Nettogeldvermögen von 138.042 Euro pro Kopf.

Ländle unterwegs I: Bahn im Aufwind

An Werktagen sind in Vorarlberg nach ÖBB-Angaben etwa 40.000 Menschen mit dem Zug unterwegs. Demnach nützen unter der Woche heute 50 Prozent mehr Vorarlberger die Bahn für Fahrten als noch vor fünf Jahren. An Werktagen werden in Vorarlberg 184 Zugverbindungen angeboten – um ein Viertel mehr als noch vor fünf Jahren. Mit einem neuen Fahrkostenrechner im Internet sollen nun noch mehr Menschen zum Umstieg bewegt werden. Laut ÖBB ersparen sich Bahn-Pendler jährlich beispielsweise auf der Strecke Dornbirn-Feldkirch durchschnittlich 700 Euro gegenüber dem Auto- allein durch die Treibstoffkosten.

ÖBB-Fahrkostenrechner: blog.oebb.at/fahrkostenrechner



Es geht: Jeder Autofahrer erspart sich 2011 durchschnittliche 75 Euro.

Ländle unterwegs II: 300 Pkw-km weniger

Die Bedeutung des Autos als Verkehrsmittel hat in Vorarlberg leicht abgenommen. Dennoch kamen 2011 zwei Milliarden privat gefahrene Pkw-Kilometer zusammen. Das entspricht der 50.000-fachen Umrundung der Erde. Die Zahl stammt aus einer aktuellen Studie des Verkehrsclub Österreich (VCO). Sie zeigt, dass die Vorarlberger mit dem Auto nach wie vor sehr große Strecken zurücklegen, doch insgesamt gehen die Streckenlängen laut VCO leicht zurück. Die durchschnittliche Jahresleistung der Vorarlberger mit dem Privat-Pkw lag bei 12.200 Kilometer, das waren um 300 Kilometer weniger als noch 2009. Damit haben die Autofahrer statistisch gerechnet aufs Jahr umgelegt je 50 Liter Treibstoff weniger verbraucht, was bei den derzeitigen Preisen eine Ersparnis von rund 75 Euro bedeutet.

Impressum

Aktion Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, presse@ak-vorarlberg.at

Redaktionsleitung: Dietmar Brunner, Arno Miller
Grafik: Baschnegger Ammann und Partner
Fotografie: Georg Alfare, Bilderbox, Europäischer Gerichtshof, Fotolia, Franz Fischler, Christian Futscher, Jürgen Gorbach, Dietmar Mathis
Druck: Vorarlberger Medienhaus, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.





Für Arbeitnehmer ist der Streik das letzte Mittel, ihre Anliegen durchzusetzen. In zahlreichen Staaten zählt der Streik zu den Verfassungsrechten. Die EU-Kommission bleibt eine unionsweite Regelung weiterhin schuldig.

Das Recht zu streiken: Die EU-Kommission macht Rückzieher

Die Entscheidung der Europäischen Kommission, die heftig umstrittene Monti II-Verordnung zum Streikrecht im europäischen Binnenmarkt zurückzuziehen, wird zwar allseits begrüßt, hinterlässt aber eine große rechtliche Unsicherheit über die Ausübung von sozialen Rechten durch die Arbeitnehmer.

In mehreren Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) – u.a. in den Rechtssachen Viking (2007, siehe Hintergrund rechts) und Laval (2008) – wurden grundlegende soziale Rechte wie das Recht auf kollektivvertragliche Mindestlöhne oder die Streikfreiheit der Freiheit der Wirtschaft im europäischen Binnenmarkt untergeordnet. Dadurch wird nach Ansicht der Arbeitnehmervertreter die Gefahr eines Sozialdumpings und unlauteren Wettbewerbs heraufbeschworen, ja geradezu herausgefordert.

Das löste eine intensive EU-weite Debatte über den Schutz der Rechte entsandter Arbeitnehmer und generell über die Frage aus, inwieweit die Gewerkschaften weiterhin die Rechte der Arbeitnehmer in grenzüberschrei-

tenden Situationen schützen können. Die beiden Urteile entfachten besonders eine kontroverse Diskussion darüber, ob die bestehenden EU-Bestimmungen überhaupt geeignet sind, die Arbeitnehmerrechte zu schützen, wenn Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit praktisch höher eingestuft werden.

Breite Ablehnungsfront

Im März dieses Jahres startete die EU-Kommission mit ihrer nach dem ehemaligen Binnenmarkt-Kommissar und aktuellen italienischen Regierungschef benannten „Monti-II-Verordnung“ den Versuch, das Verhältnis zwischen kollektiven Kampfmaßnahmen und den wirtschaftlichen Marktfreiheiten zu klären. Weder Arbeitnehmer- noch Arbeitgeber-Vertreter waren mit dem Vorschlag zufrieden, auch das EU-Parlament lehnte ihn ab. Im Mai zeigten zwölf nationale Parlamente (der österreichische Nationalrat schwie!) der Kommission die „Gelbe Karte“, weil der Verordnungsvorschlag nationales Verfassungsrecht infrage stellte, indem er das Grundrecht auf Streik angriff. Der Kommission blieb nichts



Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hatte die Suppe eingebrockt.

anderes übrig, als ihren eigentlich gut gemeinten, aber von allen Betroffenen abgelehnten Gesetzesvorschlag zurückzuziehen.

Wahlversprechen gebrochen

Kritiker werfen Kommissionspräsident Barroso vor, damit eines seiner Wahlversprechen gebrochen zu haben. Er hatte 2009 bei seiner Wiederwahl versprochen, einen Vorschlag vorzulegen, der die Rechte entsandter Arbeitnehmer und das Streikrecht in der EU sichert und damit die rechtliche Lücke, die der EuGH mit seinen Urteilen gerissen hat, zu schließen. Aber der Monti II-Vorschlag versuchte ge-

nau das Gegenteil. Anstatt das in der Europäischen Grundrechtecharta und in vielen nationalen Verfassungen verbriefte Streikrecht zu garantieren, sollte geprüft werden, ob Streik nicht etwa die Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt einschränken könnte.

Vorrang für Grundrechte

Allgemein wurde in Monti II festgehalten, dass Grundrechte keinen Vorrang vor Marktfreiheiten haben, sondern auf gleicher Ebene stehen. Das widersprach völlig den Forderungen der Arbeitnehmervertretung, die sich eigentlich erwartete, dass die EU-Kommission bestimmt, dass Grundrechte der Arbeitnehmer Vorrang vor den Marktfreiheiten genießen. Die europäischen Gewerkschaften forderten daher seit Langem die Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Vertrag, die den Vorrang von sozialen Grundrechten verbindlich festzuschreiben soll.

Freude nur vordergründig

Die Freude über das Aus für „Monti II“ ist nur vordergründig, denn die aus Arbeitnehmersicht inakzeptablen

Hintergrund

Der Fall Viking Line

Stellvertretend für mehrere EuGH-Urteile, die die Grundrechte der Arbeitnehmer massiv einschränken, sei hier kurz der Fall der finnischen Reederei Viking Line dargestellt, deren Schiffe zwischen Skandinavien und den Baltischen Staaten verkehren. Um die finnische Besatzung durch viel billigere Arbeiter aus Estland zu ersetzen, wollte Viking eines ihrer Fährschiffe unter estnischer Flagge fahren lassen. Die Ankündigung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen führte zu einer Klage beim EuGH, wo sich Viking Line auf die Niederlassungsfreiheit nach Artikel 43 des EG-Vertrags berief. Der Gerichtshof urteilte, dass kollektive Maßnahmen von Gewerkschaften am Maßstab der Grundfreiheiten des Binnenmarktes zu messen seien und dass sie in diesem Fall die Niederlassungsfreiheit (in Form der Umflagung von finnischen Schiffen auf Estland) beschränkt hätten.

EuGH-Urteile werden vorläufig einzementiert. Damit befinden wir uns auf rechtlich unsicherem Terrain, weil ein klares und verbindliches EU-weites Regulativ fehlt. Die EU-Kommission wird deshalb wohl einen neuen Vorschlag ausarbeiten müssen.

Burnout: Erste Kasse zahlt Gesamtherapie

Als erste Krankenkasse in Österreich zahlt jene der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) die gesamte Therapie für Burnout-Patienten. Sie bezahlt nach einer entsprechenden Diagnose. KFA-Generaldirektor Josef Buchner erklärte gegenüber dem ORF die Beweggründe: „Die Situation war so, dass wir in den letzten Jahren sehr starke Zuwachsraten zwischen 15 und 25 Prozent hatten. Wir hoffen, dass dies auch ein Beitrag wird, diese Anstiege abflachen zu können.“ Langfristig soll sich die Übernahme der Kosten bezahlt machen, weil durch verstärkten Einsatz von Psychotherapeuten viel höhere Folgekosten einer langen Erkrankung vermeiden werden sollen.

AK Vorarlberg und Partner bieten Helfenden auch in Zukunft Möglichkeit zur Erholung von ihrer anstrengenden Aufgabe

Hilfe für die Pflegenden: Die Erfolgsaktion wird fortgesetzt

159 Personen, die zuhause Angehörige pflegen, erhielten in diesem Jahr die Möglichkeit sich im Bregenzerwald von ihrer anstrengenden Aufgabe zu erholen. Die Aktion „Hilfe für die Helfenden“ wird auch 2012 wieder durchgeführt.

In wenigen Tagen beginnt die letzte Erholungswoche in diesem Jahr für pflegende Angehörige im Hotel Rossbad in Krumbach im Bregenzerwald. Der Turnus ist seit Langem ausgebucht. Doch im nächsten Jahr werden wieder zehn Turnusse angeboten. Ein Infor-

mationsblatt dazu gibt es ab Mitte Oktober, dann stehen alle Termine und Details auch auf der AK-Homepage.

Geringer Selbstkostenbeitrag

Die Aktion wird bereits seit mehreren Jahren gemeinsam von Sozialversicherungsträgern, dem Land Vorarlberg und der AK Vorarlberg getragen. Deshalb entrichten Teilnehmer lediglich einen geringen Selbstkostenbeitrag.

AK-Förderwesen: Evi Kaufmann, Telefon 050/258-4216, foerderwesen@ak-vorarlberg.at



AK-Präsident Hubert Hämmerle, Soziallandesrätin Greti Schmid und VGKK-Obmann Manfred Brunner als Vertreter der Träger im Erfahrungsaustausch mit Teilnehmern.

Michael Fetz im Interview: Der Bregenzerwälder Malermeister über Motivation von Lehrlingen

„Der Betrieb ist verantwortlich, ob ein Lehrling Erfolg hat“

Neun Jahre war Malermeister Michael Fetz aus Alberschwende als Experte und Trainer bei der Berufsweltmeisterschaft tätig. Vier Mal hat er als Trainer Gold geholt, drei Mal hat er den Förderpreis der Hans Huber Stiftung erhalten und sein Lehrbetrieb wurde 2004 zum besten Österreichs gekürt. Die richtige Motivation, weiß er, ist das A und O für den Erfolg.

Aktion: Herr Fetz, Sie schauen auf eine erfolgreiche Karriere als Ausbilder zurück. Auch Ihre Lehre haben Sie sehr erfolgreich abgeschlossen ...

Michael Fetz: Das ist schon saulange her. Ja, ich habe damals den Landes- und Bundeswettbewerb gewonnen. Das sind die ersten Erfolge, die ich und auch die Firma damals gemacht haben. Von da an haben wir eigentlich ständig versucht, mehr aus unseren Lehrlingen herauszuholen, was schließlich für alle von Nutzen ist.

Gibt es ein Geheimnis für Ihren Erfolg?

Nein. Es gibt eigentlich kein Geheimnis. Ich bin bei der Innung und mache auch sonst überall mit. So habe ich den Zugang zu den Lehrlingen und kriege mit, wo die Talente im ganzen Land und bei jedem Jahrgang sind. Wenn man jemanden mit so einem Talent hat, kann man ihn eigentlich recht einfach motivieren und sagen: Wenn du das schon geschafft hast, mit so viel Training bei dem Betrieb, dann könnte man in Angriff nehmen, dass du weiter gehst. Dass du zum Bundeswettbewerb gehst oder an eine Staatsmeisterschaft.

Wie erkennt man ein Talent?

Das sind jene, die mit keinem oder wenig Training einfach, sauber, schnell und genau arbeiten. Das erkennt man relativ rasch.

Wenn man so ein gutes Auge für Talente hat, wie sucht man da die Lehrlinge für seinen Betrieb aus?

Das ist ganz interessant. Eigentlich schaue ich überhaupt nicht aufs Schul-



Malermeister Michael Fetz weiß: die Zukunft eines Betriebs hängt an der Motivation der Mitarbeiter: „Das wird für jeden Unternehmer die größte Aufgabe sein.“

zeugnis. Das ist mir so was von wurscht. Er darf ruhig so an „wilda Hund“ sein. Mir taugen eigentlich Leute, die nicht eingekastelt sind in ein Schema. Das ist zwar gut und nett, aber wirklich weiterkommen tust du damit nicht. Ich hab solche schon auch und die sind wunderbar brav und ich würde sie auch nicht mehr hergeben, aber zum Weiterkommen brauchst du eigentlich einen Typ, der sich mehr traut.

Das ist aber eher ungewöhnlich. Das Zeugnis spielt normalerweise eine große Rolle.

Eine Firma wie Blum zum Beispiel, die im Jahr um die 65 Lehrlinge hat, kann nicht nach subjektiven Kriterien entscheiden. Da ist klar, dass sie nach objektiven Kriterien aussucht. Sie muss erklären können, warum der eine nicht genommen wird und der andere schon. Wenn ich sage, ich brauche

einen Lehrling, kommen ein paar und dann entscheide ich aus dem Bauch heraus. Und das ist nicht immer der mit dem besten Zeugnis.

Betrachtet man die Ergebnisse der Lehrabschlussprüfungen, fällt auf, dass doch verhältnismäßig viele durchfallen. Wie erklären Sie sich das?

Ich bin in der Prüfungskommission. Ich kann sagen, dass das Niveau in den vergangenen Jahren nicht höher geworden ist. Das Problem ist, die guten Lehrlinge kommen meistens aus den gleichen Betrieben. Sie genießen eine gute Ausbildung. Dann gibt es den Teil, der durchfliegt und auch diese Lehrlinge kommen aus den immer gleichen Betrieben. Das zeigt ganz klar: Der Betrieb ist zu 80 bis 90 Prozent verantwortlich, ob ein Lehrling Erfolg hat oder nicht. Das hat nur mit der Motivation zu tun. Die Talente sind gleichmäßig verteilt.

Wie motivieren Sie Ihre Lehrlinge im Betrieb bzw. wie haben Sie die Wettbewerbsteilnehmer motiviert?

Ich arbeite wahnsinnig gern mit den Jungen zusammen. Da fällt mir das Motivieren auch nicht schwer. Zudem haben die Talente, die ich für die Weltmeisterschaft trainiert habe, erkannt, was zu erreichen ist, wenn man die und die Schritte macht, das Training wahrnimmt und privat auch die Zeit opfert. Das haben sie beinhaltet durchgezogen und den Erfolg auch gesehen.

Was sollte ein Betrieb heute tun, um einen Lehrling zu motivieren?

Das wird für jeden Unternehmer – das ist ganz fix für die nächste Zukunft – die größte Aufgabe sein, dass wir uns mehr ums Personal kümmern. Und da muss sich jeder Chef selber an der Nase nehmen und sich persönlich mehr um die Lehrlinge kümmern und schauen, was er bieten kann. Dass die Harmonie im Gleichgewicht ist und dass man mit den Lehrlingen am Abend noch redet. Nur so kann man die Aufgaben bewältigen, die man hat. Das ist etwas, wo man tagtäglich dran sein muss und nicht nur einmal im Jahr.

Lehrlingstipp

Lohnzettel



Martin absolviert eine Lehre als Einzelhandelskaufmann in einem kleinen Lebensmittelgeschäft und befindet sich am Anfang des zweiten Lehrjahres. Die monatliche Lehrlingsentschädigung hat er während des gesamten ersten Lehrjahres bisher immer bar auf die Hand bekommen. Einmal waren es 400 Euro, dann wieder 430 Euro. Die Beträge variierten stark und waren für Martin nicht nachvollziehbar. Von seinen Schulkollegen hat er jedoch gehört, dass diese mehr verdienten und auch jeden Monat einen Lohnzettel erhalten haben. In der Lehrlings- und Jugendabteilung der Arbeiterkammer erfährt Martin, dass jeder Lehrberechtigte dazu verpflichtet ist eine Lehrlingsentschädigung zu zahlen. Die Höhe dieser Lehrlingsentschädigung ist im jeweiligen Kollektivvertrag (in Martins Fall dem Handelskollektivvertrag) festgelegt. Dieser regelt auch die Höhe der Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld). Weiters ist der Lehrberechtigte verpflichtet, dem Lehrling monatlich einen Lohnzettel auszuhändigen, auf welchem die Lohnbestandteile wie Lehrlingsentschädigung (brutto), Überstunden, Sonderzahlungen, allfällige Zulagen, aber auch Abzüge wie beispielsweise die Sozialversicherung aufscheinen. Sollte die Lehrlingsentschädigung beziehungsweise Teile davon (zum Beispiel Überstunden) nicht ausbezahlt werden, dann sind diese Ansprüche unverzüglich beim Lehrberechtigten schriftlich geltend zu machen, da sie sonst verfallen können. Im Zweifelsfall lohnt es sich immer Kontakt mit der Lehrlings- und Jugendabteilung der Arbeiterkammer aufzunehmen.

Informationen und Beratung: www.akbasics.at

Alternative Sprechstunden im „aha“

Die AK-Jugend- und Lehrlingsberater bieten ihre Beratungsdienste auch in den aha-Zentren an. Während der Sprechstunden kann sich jeder vertraulich und kostenlos beraten lassen. Die Sprechstunden finden jeweils einmal im Monat von 16 bis 18 Uhr im „aha – Tipps und Infos für junge Leute“ in Bregenz, Dornbirn und Bludenz statt.

aha Dornbirn, Poststraße 1
15. Oktober 2012
19. November 2012
17. Dezember 2012
21. Jänner 2013
18. Februar 2013
18. März 2013

aha Bregenz, Belruptstraße 1
1. Oktober 2012
5. November 2012
3. Dezember 2012
7. Jänner 2013
4. Februar 2013
4. März 2013

aha Bludenz, Wichnerstraße 2
8. Oktober 2012
26. November 2012
10. Dezember 2012
14. Jänner 2013
11. Februar 2013
11. März 2013

Die Zahl der Lehrlinge geht langsam zurück

Die geburtenschwachen Jahrgänge werden auf dem Lehrstellenmarkt langsam spürbar (Bericht in der September-Aktion). Aktuell sind in Vorarlberg 8155 Lehrverträge abgeschlossen. Im Vorjahr waren es während des selben Erhebungszeitraums noch 8197 Verträge – 42 mehr.

Tipps und Infos zu Lehre und Beruf

AK-Lehrlingsberatung in deiner Berufsschule

Um Berührungängste abzubauen, geht die AK Lehrlings- und Jugendberatung in die Offensive. An den Berufsschulen in Feldkirch und Dornbirn 1 werden in einem Pilotprojekt Beratungsstunden angeboten.

Die Lehrlings- und Jugendabteilung der AK Vorarlberg stellte in der Vergangenheit fest, dass die Jugendlichen eine Beratung oft erst sehr spät – in vielen Fällen zu spät – in Anspruch nehmen. Eine Vielzahl von Auflösungen der Lehrverträge sowie Probleme zwischen dem Lehrling und dem Unternehmen bzw. der Schule könnten durch effiziente Beratung gelöst werden, bevor die Situation festgefahren ist. „Die Jungen wissen aber oft nicht, dass sie bei uns einen kompetenten Ansprechpartner haben“, erläutert AK-Präsident Hubert Hämmerle. Mit ein Grund für die Berührungängste ist die Angst, dass sich die Arbeiterkammer sofort mit dem Lehrbetrieb in Verbindung setzt. Doch

Die nächsten Sprechstundentermine

An der Berufsschule Dornbirn 1, immer von 12:45 bis 13:30 Uhr
16. Oktober 2012

An der Berufsschule Feldkirch, immer von 11 bis 13 Uhr
12. bis 15. November 2012
14. bis 17. Jänner 2013

Hämmerle beruhigt: „Unsere Berater schreiten nur dann ein, wenn das vom Lehrling ausdrücklich gewünscht wird.“ Um die Berührungängste und die Distanz zu den Jugendlichen abzubauen, startet die AK-Vorarlberg ein Pilotprojekt und offeriert in den Berufsschulen Dornbirn 1 und Feldkirch mehrere Beratungstermine (siehe Infobox).

Die Anlaufstelle in der Schule

Um eine bestmögliche Beratungsatmosphäre zu garantieren und die



Cool: Die AK-Vorarlberg startet ein Pilotprojekt und bietet künftig ihre Beratungsstunden für Lehrlinge direkt in den Berufsschulen Dornbirn 1 und Feldkirch an.

Privatsphäre eines jeden Schülers zu sichern, werden seitens der Schule separate Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Beratungen finden in der Mittagspause statt. Beraten wird zu verschiedenen Themen wie zum Beispiel Arbeitszeit und Überstunden, Überprüfung der Lehrlingsentschä-

digung, Urlaubs- und Sonderzahlungen, Probleme mit dem Ausbilder, Auflösung von Lehrverträgen, Lehrabschluss und Behaltspflicht sowie Ausbildung im Betrieb.

Infos und Termine zur Beratung: www.akbasics.at

Die Arbeiterkammer begrüßt die Gesetzesänderungen zugunsten der Zeitarbeitskräfte

Schluss mit „Working Poor“: Mehr Sicherheit für Leiharbeiter

Ab dem kommenden Jahr sollen Zeitarbeiter mehr Rechte erhalten. Der Ministerrat hat entsprechende Änderungen des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes beschlossen. Endlich ein Schritt in die richtige Richtung, freut sich AK-Bereichsleiter Dr. Michael Simma.

Mehr Gerechtigkeit soll das überarbeitete Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG) den Leiharbeitern ab 2013 bringen. Aufgrund einer EU-Richtlinie musste das österreichische Gesetz überarbeitet werden. „Diese Änderungen waren schon längst überfällig“, betont Rechtsexperte Dr. Michael Simma. „In kaum einer Branche werden die Arbeiter so ausgenutzt oder sind so rasch von Armut betroffen wie in dieser.“ Entsprechende Vorstöße der Arbeitnehmer und Arbeitgeberseite liefen in der Vergangenheit jedoch ins

Leere. „Allerdings gibt es nach wie vor den einen oder anderen Aspekt, der verbesserungswürdig wäre“, meint Simma.

Eine Beschränkung fehlt noch
Konkret spricht der Arbeitsrechtler Simma von einer fehlenden Begrenzung des Leiharbeiteranteils. Nach wie vor gibt es Unternehmen, die den Großteil ihrer Arbeitsplätze mit Zeitarbeitskräften besetzen. „Eine Beschränkung auf 10 oder 15 Prozent wäre wünschenswert“, fordert der AK-Rechtsexperte.

Doch Limitierung oder nicht – durch die Novelle erhalten Leiharbeiter künftig dieselben Rechte wie festangestellte Arbeitskräfte. So müssen in der „Einsatzinformation“ künftig die Einstufung des Kollektivvertrags des Beschäftigungsbetriebs sowie der Grundlohn, die Zulagen und Zuschläge separat aufgeführt werden. Auch müssen die Zeitarbeiter künftig nachweislich und schriftlich über die Art, Dauer und die Gefahren der Arbeit informiert werden. Laut Statistik der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) sind

Leiharbeiter zweieinhalb Mal häufiger Opfer von Arbeitsunfällen als andere Arbeiter.

Beim Urlaub und betrieblichen Sozialleistungen sollen die Zeitarbeitskräfte künftig ebenfalls gleichgestellt werden. Angefangen bei diversen Vergünstigungen wie Gemeinschaftsverpflegung, Fahrtkosten oder Kinderbetreuung bis hin zur Einbeziehung in die Pensionskassen beziehungsweise der betrieblichen Kollektivversicherung bei längeren Überlassungen (ab vier Jahre).

Keine Chance für Diskriminierung
Bisher konnten sich Leiharbeiter auch gegen sexistische oder rassistische Diskriminierungen schlecht wehren. Kündigungen wurden schnell und einfach ausgesprochen. Damit soll nun Schluss sein: In Zukunft können Arbeitgeber, die Diskriminierung zulassen, uneingeschränkt zur Verantwortung gezogen werden. Das Ende eines Einsatzes, der länger als drei Monate dauert, muss ebenfalls spätestens 14 Tage im Vorhinein angekündigt werden. „Hier stellt sich jedoch die Frage, wie das bei einer Nichteinhaltung geregelt wird“, sagt Michael Simma. Denn entsprechende Kon-

sequenzen sind im Gesetz nicht vermerkt.

Sicherheitsnetz für Stehzeiten
Zeitarbeitskräfte machen den größten Anteil der sogenannten „Working Poor“ aus. Diese Gruppe ist trotz Vollzeitarbeit stark von Armut gefährdet. Bei den Leiharbeitern liegt das an den vielen unvorhersehbaren Zeiten, während denen sie arbeitslos sind. Daher steht ab 2014 ein gesetzlich eingerichteter Sozial- und Weiterbildungsfonds zur Verfügung. Er wird aus dem bestehenden kollektivvertraglichen Weiterbildungsfonds überführt und jährlich mit zwei Millionen Euro (ab 2018 1,5 Millionen Euro) und einer Startfinanzierung des AMS gefördert. Der Fonds soll den Einkommensausfall der Zeitarbeiter durch eine einmalige, schnelle finanzielle Unterstützung abmildern. Außerdem werden Arbeitgeber, die das Arbeitsverhältnis aufrechterhalten, gefördert. Und auch Weiterbildungsmaßnahmen während der Stehzeiten sollen unterstützt werden. Ein guter Ansatz, meint Simma: „Aber ob der Fonds tatsächlich den gewünschten Effekt hat, wird sich erst zeigen.“

Weiberkram

Traum von der „Schule neu“



Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

Kaum zu glauben: Parallel zum Schulbeginn mehrten sich in allen Parteien in Österreich, auf verschiedensten Regierungs- und Verwaltungsebenen und selbst von Seiten konservativer Experten positive Aussagen zum Thema Ganztagschule. Mit nur etwas mehr als 120.000 Ganztagsplätzen (für rund ein Zehntel der Schüler) ist Österreich unter den Schlusslichtern Europas – dafür liegt es bei der Teilzeitquote von Frauen mit fast 45 Prozent im Spitzenfeld. Der Zusammenhang ist ebenso eindeutig wie die Tatsache, dass für Frauen daraus gravierende Karriere- und Pensionsnachteile erwachsen. Viele Kinder werden von gestressten Eltern (wieder meist Müttern) nachmittags durch die Gegend gekarrt: von der Nachhilfe zur Musikschule, vom Schwimmunterricht zum Sprachkurs, und zuhause gibt es noch dicke Luft wegen der Schulaufgaben. Andere Kinder, etwa von Alleinerzieherinnen oder aus Familien mit Migrationshintergrund, müssen – ohne Förderung, ohne Freizeitorganisation, kulturelle oder sportliche Angebote – am Nachmittag sehen, wo sie bleiben und wie sie zurande kommen. Schule von 8 bis 17 Uhr (ob nun echte Ganztagschule mit abwechselnd Unterricht und Freizeit oder Tagesheimschule mit nachmittäglicher Lernbetreuung) wäre eine Hilfe – und auch eine Chance – für alle. Für Mütter und Väter, für die Kinder und letztlich auch für LehrerInnen, die Ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag entspannter – weil nicht in ein enges Vormittagsstundenkorsett gezwängt – nachkommen könnten. Und: Besonders mutige Schullehrerinnen denken sogar schon über Ferienbetreuung nach ...

E-Mail: irene.dyk@jku.at



Leiharbeiter sind flexibel und kommen in beinahe jedem Beruf zum Einsatz. Trotzdem sind sie es, die oft diskriminiert werden und stark von Armut gefährdet sind. Damit soll Schluss sein.



Gas geben für die gute Sache!

Die AK Vorarlberg veranstaltet auch heuer wieder gemeinsam mit den „Vorarlberger Nachrichten“ am Freitag, 19. und Samstag, 20. Oktober 2012 das AK Charity Race für Firmenteams im Kartbahn-Treff Feldkirch. Der Erlös dieser Aktion kommt zur Gänze „Ma hilft“ zugute. Jedes Team besteht aus fünf Fahrern – Fahrerinnen sind ausdrücklich willkommen! Gewertet wird in den drei Kategorien Damen, Herren und Mannschaft. Jeder Fahrer und jede Fahrerin hat zehn Minuten Zeit, um seine/ihre persönlich schnellste Runde zu fahren. Die schnellsten zehn Damen und Herren vom Freitag und die zehn schnellsten vom Samstag qualifizieren sich für die Halbfinali. Für die Mannschaftswertung werden die schnellsten Runden aller Mannschaftsmitglieder im Grunddurchgang addiert. Anmeldeschluss ist 9. Oktober 2012!

Online anmelden oder Anmeldeformular herunterladen: www.ak-vorarlberg.at
Informationen: Telefon 050/258-1600

Klare Absage an Vorschlag von Ex-Politikern für eine Pensionsreform

Pensions-„Experten“ schüren die Verunsicherung der Arbeitnehmer

Würde eine Pensionsreform, wie dieser Tage von den 53 „Pensions-Experten“ vorgeschlagen, durchgeführt werden, hätte das für AK-Präsident Hubert Hämmerle unabsehbare Folgen: „Ganze Generationen von Kleinunternehmern und Bauern, aber auch Zehntausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden unvermittelt in eine dramatische Altersarmut schlittern.“

AK-Präsident Hubert Hämmerle könnte einem Pensionskonto mit einem flexiblen Pensionsantritt (und damit einhergehend versicherungsmathematischen Abschlägen bei frühem Antritt) durchaus etwas abgewinnen. „Ein solches Modell hat die AK Vorarlberg bereits vor einem Jahr vorgeschlagen“, erinnert Hämmerle. Ein Pensionskonto auf reiner Umlagebasis, wie es der frühere Weltbankdirektor Holzmann und weitere „Experten“ fordern, ist für Hämmerle allerdings ein gefährliches Unterfangen.

Schließlich würde dann den Menschen nur noch zur Verfügung stehen, was sie selbst eingezahlt haben. „Wenn ich daran denke, dass der Bundeszuschuss bei den Bauern bei rund 70 Prozent und jener der Unternehmer bei knapp 50 Prozent liegt, und der nach diesem Vorschlag abgeschafft werden

sollte, wäre das für ganze Generationen eine Katastrophe. Aber auch für viele Arbeitnehmer wäre durch ein solches System die Altersarmut programmiert“, ist Hämmerle überzeugt. Abgesehen davon, dass die Menschen vier bis fünf Jahre länger arbeiten müssten, brächten Wirtschaftskrisen und Finanzkrisen weitere unkalkulierbare Risiken.

Mit vollen Hosen ...

Der Vorschlag von Androsch & Co erzeugt nach Ansicht von AK-Präsident Hämmerle vor allem eines: Verunsicherung bei den Menschen. „Wenn ich mir vor Augen halte, mit welchen Pensionen die Experten Androsch, Ex-EU-Kommissar Fischler oder der

frühere Weltbank-Direktor Holzmann ausgestattet sind, dann fällt mir dazu nur ein Vorarlberger Sprichwort ein: Mit vollen Hosen ist gut stinken.“

Nicht vergleichbar

Mit der Abschaffung des Bundesbeitrages zu den Pensionen würde ein Grundpfeiler des österreichischen Pensionssystems abgesägt. Zwar gibt es in anderen Ländern, zum Beispiel in Schweden, bereits so genannte beitragsdefinierte Pensionskonten. Die Systeme lassen sich allerdings nicht 1:1 vergleichen. So sind in Schweden die Pensionsbeiträge mit 28 Prozent wesentlich höher als bei uns, außerdem gibt es keine Höchstbeitragsgrundlage.



„Mit Reda kond d'Lit zemma“ ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

16. Oktober von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800

Einladung zur Telefonsprechstunde.

Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle.



Stark für Sie.

www.ak-vorarlberg.at

Repräsentative Erhebung der AK Vorarlberg: Wo die Vorarlberger Arbeitnehmer den Hebel ansetzen würden, um die Steuerlast gerechter zu verteilen

86 Prozent sind für Vermögenssteuer!

Mit dickem Stift schreiben die Vorarlberger den Politikern ins Stammbuch: Führt Vermögenssteuern ein, und zwar dringend! Freibetragsgrenzen sollen dabei sicherstellen, dass es die Richtigen trifft. Auch höhere Grundsteuern finden im Land der Häuslebauer durchaus Akzeptanz.

Die AK Vorarlberg wollte es wissen: Stehen die Erwerbstätigen hinter einer höheren Besteuerung von Vermögen? Sie hat den Gfner Meinungsforscher Dr. Edwin Berndt deshalb mit einer repräsentativen Erhebung beauftragt. Die Ausgangsfrage begann mit der Feststellung, dass im Vergleich mit anderen Ländern in Österreich Arbeit sehr hoch, Vermögen dagegen sehr

niedrig besteuert ist. „Diese Situation ... gehört dringend geändert“ bejahten überwältigende 86 Prozent. Nur mickrige sechs Prozent finden, diese Situation „... passt so, wie sie ist.“ Acht Prozent war das Thema egal.

Die Angestellten halten die Änderung des Steuersystems tendenziell für dringender als die Arbeiter. Die beiden Gruppen weichen allerdings nur vier Prozentpunkte voneinander ab.

Klare Präferenzen

Die Interviewer hakten unter den Befürwortern nach, legten eine Reihe von möglichen Einnahmequellen, aber auch denkbare Einsparungsmöglichkeiten vor. Dabei waren mehrere Antworten möglich:

- Dabei stellten sich Vermögenssteuern mit Freibeträgen mit sehr hohen 90 Prozent Zustimmung als Spitzenreiter heraus.
- Wenig überraschend, dass eine höhere Besteuerung von Stiftungen sowie Einsparungen bei der Verwaltung auf hohe Werte kam (siehe Grafik unten).
- Höhere Grundsteuern stoßen im Land der Eigenheime und Eigentumswohnungen naturgemäß auf geringeres Verständnis, 25 Prozent Befürworter sind dennoch bemerkenswert.
- Auch die Wiedereinführung einer Schenkungs- und Erbschaftssteuer halten je nach Teilgruppe bis zu 31 Prozent der Vorarlberger Arbeitnehmer für gerechtfertigt.

Unmut über Sozialbereich

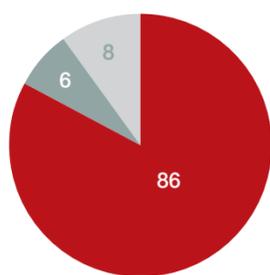
Die Interviewer stellten in einem dritten Schritt die Zusatzfrage nach weiteren Möglichkeiten, die ungleiche Belastung von Vermögen und Arbeit einnahmen- oder ausgabenseitig zu korrigieren. Die Antworten waren insofern auffällig, als dass diese spontanen Angaben vor allem die Vorschläge für Einsparungen bekräftigten, die bereits im zweiten Teil des Fragekatalogs behandelt worden waren.

Konkret brachte ein Fünftel noch einmal das Thema Sozialleistungen aufs Tapet. Zuvor hatten bereits 36 Prozent für Einsparungen im Sozialbereich plädiert. Beweggründe sind offensichtlich ein latenter Unmut über tatsächliche oder vermeintliche Missbräuche des Sozialsystems. Ein erklecklicher Teil der Bevölkerung hält unser Land für „übersozialisiert“, so oder so ist der Ruf nach schärferen Kontrollen nicht zu überhören.

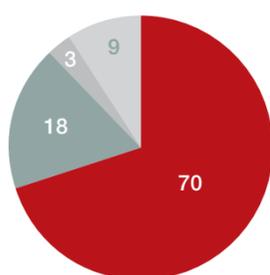
Je älter die Befragten waren und je höher ihre berufliche Stellung, desto höher lag die Akzeptanz für Einsparungen im Sozialsystem. Die Männer würden dabei weit rigoroser an den Schrauben drehen als die Frauen.

Große Unzufriedenheit und konkrete Änderungsvorschläge

Arbeit ist in Österreich sehr hoch, Vermögen dagegen sehr niedrig besteuert. Diese Situation ...



Die Finanzkrise ist eine Folge der weltweit liberalisierten Finanzmärkte. Die Finanzmärkte sollten ...



gehört dringend geändert
passt so wie sie ist
weiß nicht

streng reguliert und überwacht werden
etwas gezügelt werden
weiterhin frei und unbegrenzt agieren können
weiß nicht

Welche Einnahmequellen bzw. Einsparungen kommen für Sie in Frage? (mehrere Antworten möglich, Angaben in %)

Vermögenssteuer (mit Freibeträgen)	90 %
Höhere Besteuerung von Stiftungen	87 %
Einsparungen bei der Verwaltung	85 %
Abschaffung der Gruppenbesteuerung von Unternehmen	75 %
Einsparungen im Sozialbereich	36 %
Schenkungssteuer	28 %
Höhere Grundsteuern	25 %
Erbschaftssteuer	23 %
Einsparungen bei den Pensionen	13 %
Einsparungen im Gesundheitsbereich	11 %
keine Angaben	1 %

Quelle: AK Vorarlberg/Dr. Berndt

Die Finanzmärkte gehören streng reguliert und überwacht!

Die Finanz- und Schuldenkrise ist eine Folge der weltweit liberalisierten Finanzmärkte. In der repräsentativen Umfrage der AK Vorarlberg fallen die Arbeitnehmer ein eindeutiges Urteil: Lediglich drei Prozent wollen, dass die Finanzwelt weiterhin frei und unbegrenzt agieren soll.

Während neun von hundert Vorarlberger Berufstätigen keine klare Meinung zur Regulierung der ominösen „Märkte“ äußerten, sind für die überwältigende

Mehrheit Änderungen längst überfällig. 18 Prozent sind dafür, dass die Finanzjongleure „etwas gezügelt“ werden sollten, aber 70 Prozent sind für eine „strenge Regulierung“ und eine effektive Überwachung des Treibens mit immer fataleren Folgen.

„Die Ergebnisse sprechen für sich“, hält Meinungsforscher Dr. Edwin Berndt fest.

Spekulation bekämpfen

Das Urteil der Vorarlberger fiel in dieser Unmissverständlichkeit doch überraschend aus. Von vornherein wollte die AK Vorarlberg als Auftraggeber der Umfrage mehr über die Pro- und Contra-Argumente erfahren. Dabei kam klar zum Ausdruck, dass die Geschäfte der Bank- und Finanzhäuser den meisten längst nicht mehr geheuer sind. Für rund die Hälfte stehen strenge Kontrollen im Vordergrund, 29 Prozent wollen vorrangig konkret die

Spekulation bekämpft wissen, mehr Transparenz wird eingefordert – in den Umfrageinterviews fallen zahlreiche Begriffe aus dem Strafbuch. Für 28 Prozent steht ohne neue Regulierungen das Gemeinwohl auf dem Spiel, weil die Steuermittel den „Erpressungsversuchen der Banken“ geopfert werden.

Finanztransaktionen besteuern

Bei der Frage nach einer Finanztransaktionssteuer sind mit 30 Prozent relativ viele der Befragten ohne Standpunkt, „einfach mangels Erfahrungen und Wissen“, erklärt Meinungsforscher Berndt. Unter jenen mit einer Meinung fordern neun von zehn Personen die schon seit Langem innerhalb der EU diskutierte Besteuerung von Finanztransaktionen.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder ein einfaches Wort genannt. Gerechtigkeit.

Daten und Fakten

Vermögen ist in Österreich sehr ungleich verteilt. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt **300 Mrd. €**. Das ist ein Viertel des österreichischen Gesamtvermögens.

Nur 1,3 % des gesamten Steueraufkommens in Österreich stammen aus vermögensbezogenen Steuern. In der OECD sind es durchschnittlich **5,5 %**.

Zwei Drittel

aller Steuererleichterungen der letzten Jahre sind Unternehmen zugute gekommen. Nur von einem Drittel der Steuererleichterungen haben die Arbeitnehmer profitiert.

Wussten Sie auch, dass die Einnahmen aus Unternehmenssteuern zwischen den Jahren 2000 und 2010 viel weniger angestiegen sind als die **Gewinne** der Unternehmen? Die Steuereinnahmen sind um 14 Prozent gestiegen, die Gewinne im selben Zeitraum aber um 44 Prozent gewachsen.

Der Staat verdient an Arbeit. An Lohnsteuer hat der Staat 2010 41 Prozent mehr eingenommen als zehn Jahre zuvor. Die Löhne stiegen in dieser Zeit lediglich um **35 %**.

Sie haben was zu sagen?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu einem Thema in dieser Ausgabe der AKtion:

- AK Vorarlberg, Kennwort Leserbriefe, Widnau 4, 6800 Feldkirch
 - oder per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at
- Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift!



Die Finanzjongleure haben die Staaten in eine tiefgreifende Schuldenkrise gestürzt. Die Verursacher kommen bisher ungestraft davon, doch der Ruf nach strengen Reglementierungen der „Märkte“ reißt nicht ab.

„Umverteilung wird bestimmendes Thema“

Rettungsschirme hier und Löcher stopfen dort. Immer mehr Menschen, aber auch das staatliche Sozialsystem geraten unter Druck. Muss auf Kosten der Armen gespart werden? Michael Dietrich, Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, im Interview.

Wie belegbar ist die Zahl von 45.000 bis 50.000 Armutgefährdeten in Vorarlberg?

Man kann sie anhand verschiedener Indizien erschließen. Wobei die gängigen Studien zur Armutgefährdung immer nur rein statistisch die Einnahmenseite berechnen. Wichtiger wären jedoch die Ausgaben, also wie viel sich die Menschen von den Einnahmen kaufen können – gerade bei uns in Vorarlberg: Das Leben hier ist deutlich teurer als in vielen anderen Regionen. Diese Kluft zwischen Einkommen und Ausgaben und ihre Folgen hat exemplarisch die „Working poor“-Studie der AK herausgearbeitet. Auch das ist etwas sehr speziell Vorarlbergisches, wie viele Leute eigentlich in Anlernjobs arbeiten und armutgefährdet sind. Laut „Working poor“-Studie ist offensichtlich die Spreizung sehr groß: Wir haben überdurchschnittlich viele Millionäre, aber auch überdurchschnittlich viele Niedriglohnbezieher.



Dietrich: „Eine einfache Philosophie fällt auf fruchtbaren Boden.“

Mehr als ein Drittel der Vorarlberger tritt laut AK-Studie für Kürzungen im Sozialbereich ein. Da müssen bei Ihnen die Alarmglocken läuten.

Die Zahl überrascht mich nicht. Da durch diese ganze Schuldenkrise eh keiner mehr durchblickt, fällt jetzt diese scheinbar einfache Philosophie auf fruchtbaren Boden: Der Staat muss sparen! Vor allem bei den Sozialausgaben, die ja angeblich explodieren. Die meisten denken dabei zuerst an die Mindestsicherung, aber die macht nur 0,8 Prozent unserer Sozialausgaben aus. Die großen Posten, wo sich sparen überhaupt bemerkbar machen würde, sind aber die Pensionen, die Gesundheitsversorgung, Familienbeihilfe und Arbeitslosengeld. Und da würden dann plötzlich auch viele von denen armutgefährdet, die heute leichtfertig Kürzungen fordern. Viele wollen nicht wahrhaben, dass sie eigentlich mit den Armen und den Hilfeempfängern in einem Boot sitzen.

Haben Sie eine Erklärung für die weitverbreitete Ansicht?

In Vorarlberg ist dieses Leistungsdenken ein großes Problem: Wer keine Arbeit hat, ist selber schuld, die alleinerziehende Mutter ist selber schuld usw. Alle selber schuld – ich habe ja ein Leben lang gearbeitet und nie einen Cent an Sozialleistungen bezogen! Dann macht man die zum Sündenbock, die nicht mehr arbeiten dürfen oder können, und wirft ihnen vor, sie lebten auf unsere Kosten. Die meisten Leute haben keine Ahnung, wie wenig das eigentlich ist, was so genannte Sozialfälle bekommen.

Die Vorarlberger Armutskonferenz versucht deshalb Aufklärungsarbeit.

Ja, es gibt in Vorarlberg ja kaum noch eine sozialpolitische Stimme! Aber ich kenne genügend Vorarlberger, die anderer Meinung sind als die öffentliche Stimmungsmache über Leserbriefe und Internetforen.

Wird es besser, wenn die Schuldenkrise erst einmal überwunden ist?

Es hat keinen den Mut, es laut zu sagen: Unsere Wachstumsraten werden nur noch in Ausnahmefällen so hoch sein, dass sie positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Konsequenz 1 daraus: Wir werden sicher nicht mehr reicher, sondern wir müssen froh sein, unseren Standard halten zu können. Konsequenz 2: Wir müssen das umverteilen, was wir haben, und 3., was völlig untergeht: Arbeitszeitverkürzungen! Die stehen nicht heute an – aber für die Zukunft sollte man sich heute schon Gedanken über Umverteilung der Arbeit machen. Wir haben 30 Jahre gebraucht, alles zu deregulieren und von unten nach oben zu verteilen; wir werden wieder 30 Jahre brauchen, um das System umzudrehen.

i Vorarlberger Armutskonferenz: Michael Dietrich (Sprecher), 0650/9236922, www.armutskonferenz.at

AK-Präsident Hubert Hämmerle fordert Konsequenzen: „Die Schere geht immer weiter zulasten der Arbeitnehmer auf!“

„Unmissverständlicher Appell an die Regierung!“

„Das Ergebnis der AK-Erhebung bestätigt, dass die Steuer- und Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer längst ein unerträgliches Maß erreicht hat“, sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle: „Dem Einzelnen muss für seine Arbeit mehr in seiner Geldtasche bleiben!“

Der Lagerarbeiter, der die Paletten aufwärts schieben muss, steht plakativ als Sinnbild für die Belastungen der Arbeitnehmer: „In Österreich läuft etwas schief: Arbeit wird hoch besteuert, Vermögen kaum.“ Die Botschaft der aktuellen österreichweiten AK-Kampagne sorgt derzeit unter anderem in Fernsehspots für Aufsehen. „Wir sind über drei Millionen Stimmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit“, heißt es weiter. Rund 160.000 davon gehen in

Vorarlberg ihrer Arbeit nach und viele von ihnen stöhnen unter der Steuerlast. „Schon seit Jahren“, kritisiert AK-Präsident Hubert Hämmerle, „bleibt von den Lohn- und Gehaltserhöhungen viel zu wenig in den Taschen der Arbeitnehmer. Das Steuersystem in Österreich ist ungerecht.“ Die Folgen der von Spekulanten verursachten Finanz- und Schuldenkrise verschärfen

Die einfachen Arbeiter und Angestellten zahlen die Zeche für die zögernde Politik.



die Situation. Auch unsere Regierung hätte es in der Hand, für mehr Steuergerechtigkeit zu

sorgen und den Faktor Arbeit zu entlasten. Hämmerle: „Das klare Votum der Vorarlberger Arbeitnehmer, dringend das Steuersystem zu ändern, ist ein unmissverständlicher Appell Richtung Wien!“



Hämmerle: „Mehr Steuergerechtigkeit: Wir lassen nicht locker!“

Vier klare Forderungen

Es gibt zahlreiche Modelle die Steuerlast ganz allgemein und die Auswirkungen der Krise im Besonderen gerechter auf verschiedene Schultern zu verteilen. Die AK Vorarlberg hat vier zentrale Forderungen im Rahmen der aktuellen Kampagne „Gerechtigkeit muss sein“ aufgestellt:

- Steuerliche Entlastung von Arbeitseinkommen: Die hohen Abgaben müssen vor allem für niedrige und mittlere Einkommen gesenkt werden.
- Mehr vermögensbezogene Steuern:

Die Arbeiterkammern setzen sich für Vermögenssteuern auf sehr hohe Vermögen und eine Erbschafts- und Schenkungssteuer mit hohen Freigrenzen ein.

- Einführung einer Finanztransaktionssteuer: Die Spekulationen auf den Finanzmärkten haben die Krise verursacht, sie sollten über eine Finanztransaktionssteuer einen Teil der Kosten tragen. Mit nur einem Promille Steuersatz brächte sie EU-weit 250 Milliarden Euro ein.
- Steuerschlupflöcher im Unternehmensbereich schließen: Gewinne sollten zum Beispiel nicht mehr in Steueroasen verschoben werden können, sondern in Österreich besteuert werden.

Aufschieben fahrlässig

Das weitere Aufschieben einer Steuerreform ist für AK-Präsident Hämmerle hochgradig fahrlässig: „Die nächste Steuerreform muss den Namen Reform auch verdienen. Es braucht ein grundlegend gerechteres System, die Zeit kosmetischer Reparaturen ist durch die Krise endgültig vorbei!“

Was ist wirklich drin? Hält das Produkt, was der Hersteller verspricht? Schreiben Sie uns!

Das geht uns auf den Keks: Die Mogelpackung des Monats

Die AKtion sucht die „Mogelpackung des Monats“. Denn: Nicht immer halten Produkte, was ihre Hersteller versprechen. Machen Sie mit und beschreiben Sie uns Ihre Mogelpackung! Unsere erste dreiste Produktlüge: die „belVita“ Frühstückskekse.

„Energie für den ganzen Vormittag“ verspricht der Hersteller der „belVita“ Frühstückskekse. Mit einem Joghurt, einer Portion Obst und einer Tasse Kaffee oder Tee kombiniert sollen die Kekse der Sorte „Knusprige Cerealien“ mit fünf Cerealien aus vollem Korn ein ausgewogenes Frühstück darstellen. Ein Blick auf die Nährwertabelle zeigt aber, dass sich das Produkt kaum von anderen Vollkornkeksen unterscheidet: 100 Gramm der Kekse enthalten nämlich 20 Gramm Zucker. Bei den Inhaltsstoffen wird Zucker nach der Getreidemischung bereits an zweiter Stelle aufgeführt. An vierter Stelle steht Rohrzucker.

Hersteller müssen ehrlicher werden
Ständig wird versucht, Konsumenten mit irreführenden Produktaufmachungen zu ködern. So steckt im Vanillejoghurt keine Vanille, dafür aber im alkoholfreien Bier noch Alkohol und zuckerhaltige Lebensmittel werden als gesund angepriesen.

Um solchen Geschäftspraktiken entgegenzuwirken, beauftragte das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) den Verein für Konsumenteninformation (VKI) in ausgewählten Fällen mit Verbandsklagen. Seit Juli 2012 stellt der Verein jene Lebensmittel auf seiner Homepage vor, die Verbraucher aus verschiedensten Gründen in die Irre führen. So sollen erstens die Konsumenten informiert und aufgeklärt werden und zweitens die Hersteller dazu bewegt werden, ihre Produkte und Verpackungen ehrlicher zu gestalten. Das Hauptaugenmerk legt der VKI vor allem auf Kennzeichnung, Aufmachung und Produktwerbung, die Vermutungen nahelegen, die der Artikel unmöglich erfüllen kann wie beispiels-



Zeitsparend, aber nicht wirklich gesund: Die Frühstückskekse von „belVita“ mit fünf Cerealien – und viel Zucker.

weise die „belVita“ Frühstückskekse oder das Actimel-Trinkjoghurt von Danone. Laut Werbeslogan sollen Konsumenten, die das Produkt regelmäßig konsumieren, weniger anfällig für Erkältungen sein. Tatsächlich stärkt es das Immunsystem nur ähnlich gut wie ein herkömmliches Joghurt. Dafür enthält es mehr Zucker und ist doppelt so teuer.

Zeitsparend, aber nicht gesund

Was der Hersteller der „belVita“ Frühstückskekse zum hohen Zuckergehalt seines „gesunden“ Produkts meint? „Vor allem Menschen im mittleren Lebensabschnitt, welche versuchen Beruf und Privatleben zu vereinbaren, verzichten häufig auf das Frühstück und geben als Grund dafür Zeitmangel an. ‚belVita‘ bedarf keiner Zubereitung und bietet somit eine zeitsparende Lösung ... Kombiniert mit Joghurt, Obst und Kaffee oder Tee ist ein solches Frühstück aus ernährungsphysiologischer Sicht eine ausgewogene Mahlzeit“, heißt es in der Antwort an den VKI. Zeitsparend oder nicht – gesund sind die Vollkornkekse deshalb noch lange nicht. Daher wurde der Keks von der AKtion zur „Mogelpackung des Monats“ gekürt.

Der Lebensmittel-Check des VKI:
www.lebensmittel-check.at

Machen Sie mit!

Mogelpackung des Monats gesucht

Wir veröffentlichen in Zukunft in der AKtion Ihre „Mogelpackung des Monats“. Schreiben Sie uns, wenn Sie ein Produkt haben, dessen Verpackung mehr Inhalt verspricht, als tatsächlich drin ist, die Menge, aber nicht der Preis reduziert wurde oder andere Tricksereien des Herstellers. Schicken Sie ein Beweisfoto und eine kurze Beschreibung der Mogelpackung an: AK Vorarlberg, Redaktion AKtion, Stichwort: Mogelpackung, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch oder per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at.

Betrug: „Hier spricht das Inkassobüro“

Die Arbeiterkammer warnt vor dubiosen Anrufen von diversen Inkassobüros. Die Betroffenen hätten angeblich bei Lottogemeinschaften wie „Delta Lotto“ und „Delta Max“ Spielbeiträge in der Höhe von 1200 Euro offen. Eine Anzahlung von 200 Euro würde jedoch ausreichen um ein weiteres Vorgehen des Inkassobüros zu verhindern. Seit Verträge von Lottogemeinschaften, die am Telefon geschlossen werden, ungültig sind, versuchen die Betrüger offenbar mit anderen Tricks Unschuldige abzuzocken. Die AK-Konsumentenberater warnen: „Geben Sie niemals Ihre Kontoverbindung am Telefon an.“

Machen Sie den AK-Ampelcheck!



Die AK-Vorarlberg lässt Farben sprechen um Mogelpackungen wie der „belVita“ Frühstückskekse (siehe Artikel links) schon im Geschäft auf den Grund zu gehen. Der AK-Ampelcheck hilft Ihnen Zuckerbomben und Fettfallen schon beim Einkauf zu entdecken. Die Ampelfarben Rot, Gelb, Grün signalisieren, was die Nährwertangaben umgerechnet auf 100 Gramm bedeuten.

AK-Ampelcheck bestellen unter 050/258-8014 oder bestellen@ak-vorarlberg.at

Zinsloser Kredit mit teurem Nachspiel

Eine deutsche Firma namens Max Morant GmbH & Co KG bietet derzeit in Österreich scheinbar zinslose Kredite ohne Rückzahlung an, deren Höhe frei wählbar sein soll. Die Arbeiterkammer warnt ausdrücklich davor, auf das Angebot einzugehen. Es handle sich hierbei um versuchten Anzahlungsbetrug. Denn bevor der Kredit gewährt wird, verlangt die Firma 20 Prozent der Kreditsumme als „Amortisationszahlung“ und 10 Prozent als Sicherheitsleistung, dazu kommen noch 48 Euro an Bearbeitungsgebühr. Wer bezahlt, bekommt weder einen Kredit noch sein Geld zurück.

Unisex-Tarife für Versicherungen

Ab 21. Dezember 2012 müssen Versicherungen einheitliche Tarife für Frauen und Männer anbieten – sogenannte „Unisex-Tarife“. Durch die Angleichung dürften Versicherungen, die bisher für ein Geschlecht billiger waren, nun teurer werden und umgekehrt. Frauen müssen somit künftig bei Ablebens- bzw. Er- und Ablebensversicherungen tiefer in die Tasche greifen. Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen dürften hingegen für sie günstiger werden. Für Männer verhält es sich genau umgekehrt. Die Änderungen gelten nur bei Neuverträgen. Wer demnächst eine Versicherung braucht, sollte daher auf das Änderungsdatum Rücksicht nehmen und prüfen, ob mit einer Prämienhöhung gerechnet werden muss. Die Konsumentenschützer raten jedoch davon ab, vorschnell Versicherungen abzuschließen, nur weil die Prämie im Moment wahrscheinlich noch günstiger ist.

Ihr direkter Kontakt

AK-Konsumentenberatung
Telefon 050/258-3000,
E-Mail konsumentenberatung@ak-vorarlberg.at

Auch das türkische Gesetz kennt ein Rücktrittsrecht

Zum Spontankauf im Urlaub überrumpelt

Billig- oder Gratisreisen sind auf den ersten Blick oft verlockende Angebote, die am Ende eher einen bitteren Beigeschmack hinterlassen.

Das ganze Jahr über werben Reiseveranstalter mit verlockenden Angeboten, wie zum Beispiel Billigreisen in die Türkei. Oft ist der Besuch einer Teppich-, Lederwaren- oder Schmuckfabrik Bestandteil eines derartigen Angebotes. Bei diesen Besichtigungen werden die Urlauber oft zum Spontankauf überrumpelt. Der verhandelte Kaufpreis wird zumeist umgehend von Kreditkarten oder über Einzugsermächtigungen abgebucht.

Laut türkischem Recht zählt ein derartiges Vorgehen als Haustürgeschäft. Das liegt auch dann vor, wenn der Vertrag zwar direkt in den Räumlichkeiten der Fabrik zustande kommt, jedoch die Reisegruppe im Rahmen eines Ausflugs vom Reiseveranstalter in die Firma geschleust und so zum Vertragsabschluss

überrumpelt werden. Die Kaufentscheidung wird von einem mit dem Verkäufer zusammenwirkenden Dritten – also dem Reiseveranstalter – forciert. Der Konsument hat damit nicht eigenständig die Initiative für die Anbahnung eines Kaufabschlusses getätigt.

Die Pflicht des Reiseveranstalters

Die Händler wären außerdem dazu verpflichtet, den Kunden vorab schriftlich über sein Rücktrittsrecht zu informieren. Die Widerrufsfrist für Haustürgeschäfte beträgt laut türkischem Gesetz sieben Tage. Jegliche Annahme einer Vorauszahlung seitens des Verkäufers ist bis zum Ablauf dieser Frist verboten. Sofern der Konsument im Vorfeld nicht ausreichend über das Widerrufsrecht informiert wurde, hat er die Möglichkeit unbefristet vom Kaufvertrag zurückzutreten.

Die türkischen Verkäufer erkennen in der Praxis jedoch nur selten schriftliche Rücktrittserklärungen an. Hier



Zahlt die türkische Teppichfabrik die Anzahlung nicht zurück, lohnt es sich eine Schadenersatzforderung beim zuständigen Reiseleiter einzureichen – der klärt das Problem.

setzt sich ein Aspekt durch, der vor allem die Reiseveranstalter in ihre Pflicht ruft. Diese sind einerseits dafür verantwortlich, dass die Reisenden überhaupt in die Fabriken geführt werden, andererseits sollten sie bestens über die Rechtslage Bescheid wissen und somit auch ihre Urlauber darüber aufklären. Hätte der Veranstalter dies getan, wären die Verbraucher nicht zu Schaden

gekommen. Demnach kann man die aushaftende Anzahlung als Schadenersatzanspruch gegenüber dem Reiseveranstalter geltend machen.

Dieser übernimmt in der Regel zwar keinen Schadenersatz, jedoch wirkt diese Vorgehensweise oft Wunder, weil er seinen türkischen Partner auffordert, die Anzahlung zurückzahlen.



Menschen ohne Girokonto müssen Nachteile ertragen, wie Schwierigkeiten bei der Job- und Wohnungssuche, bei Transferleistungen und bei der Bezahlung von Rechnungen.

EU-Parlament für Basiskonto: Es darf nicht um Profit gehen

Nach der EU-Kommission hat sich nun auch das Europaparlament dafür ausgesprochen, allen Einwohnern der Europäischen Union das Recht auf ein Basiskonto zu garantieren. Damit rückt die Verwirklichung dieser langjährigen Forderung der Arbeiterkammer in greifbare Nähe.

Ein Leben ohne Bankkonto ist für viele europäische Wohlstandsbürger unvorstellbar. Tatsächlich können aber rund 30 Millionen erwachsene Personen in der EU kein Konto eröffnen, weil sie keine ausreichende Bonität haben und die Banken sich von ihnen keine Gewinne erwarten. In Österreich leben schätzungsweise 150.000 Menschen in einem Haushalt ohne Girokonto und müssen ihren Alltag praktisch aus dem Sparstrumpf heraus bewältigen.

Diese finanzielle Diskriminierung will die EU beenden. Der Aufforde-

rung der EU-Kommission vom Juli vergangenen Jahres, Möglichkeiten und Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger auf ein einfaches Bankkonto zu schaffen, sind bisher nur 12 der 27 Mitgliedsstaaten nachgekommen. Deshalb greift nun das Europäische Parlament ein und hat die Kommission mit großer Mehrheit aufgefordert, bis Januar 2013 einen Richtlinienvorschlag zur Gewährleistung des Zugangs zu grundlegenden Bankdienstleistungen für alle in der Union ansässigen Verbraucher vorzulegen.

Diskriminiert finanziell Schwache

Betroffen sind zum Beispiel Menschen mit niedrigem Einkommen, Studenten, im Ausland tätige Arbeitnehmer und Obdachlose. Sie müssen zum Teil schwerwiegende Nachteile ertragen: Schwierigkeiten bei der Job- und bei der Wohnungssuche, dem Erhalt von

Löhnen und Transferleistungen sowie der Zahlung von Rechnungen und Steuern, begrenzte Auswahl an Waren und Dienstleistungen, Verzicht auf die Vorteile der Online-Märkte und auf deren kostengünstige Dienste und Preisnachlässe usw. Die Bankspesen für Bareinzahlungen, um Rechnungen zu begleichen, belaufen sich laut einer Modellrechnung der Arbeiterkammer bei sechs Zahlungen im Monat auf stattliche 216 Euro im Jahr. Das ist viel Geld, vor allem für Menschen mit geringem Einkommen.

Ein Grundrecht der Bürger

„Banken tragen eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Es kann nicht nur um Profit gehen“, betonte der deutsche Europaabgeordnete Jürgen Klute (Die Linke), der die Resolution des EU-Parlaments verfasst hat. Das Basiskonto sollte am besten kostenlos, in jedem Fall

aber günstiger als sämtliche anderen von einer Bank angebotenen Produkte sein, wird darin gefordert. Es sollte dem Nutzer erlauben, den Erhalt von Einkommen oder sonstigen Leistungen und Gutschriften, die Bezahlung von Rechnungen oder Steuern sowie den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen abzuwickeln und seine Kontoauszüge auszudrucken.

Banken und anderen Finanzeinrichtungen soll es untersagt werden, etwa aufgrund der Höhe oder Regelmäßigkeit des Einkommens, des Beschäftigungsverhältnisses, der in Anspruch genommenen Darlehen oder der Höhe der Verschuldung die Eröffnung eines solchen Kontos abzulehnen. Besonders wichtig ist, dass Banken unter keinen Umständen den Zugang zu einem Basis-Girokonto an den Erwerb anderer Dienstleistungen oder Produkte knüpfen dürfen.

Bezirksgericht Bregenz weist in erster Instanz Klage auf ausstehende Provision zurück

Erstes Urteil: Kein Recht auf Provision

Ein Versicherungsvermittler forderte 5444,54 Euro an ausstehender Vermittlungsprovision von ihrem Konsumenten. Die AK Vorarlberg setzte sich vor Gericht für den Beklagten ein und gewinnt den Fall in erster Instanz.

Der von der AK Vorarlberg vertretene Konsument hatte über die ehemalige Excalibur Vertriebsmanagement GmbH (mittlerweile MSA Maklerservice GmbH) eine „Atlanticlux“-Lebensversicherung abgeschlossen. „Es wurde ihm aber nicht mitgeteilt, dass es sich hierbei um eine Nettopolizze handelt, bei der nicht der Versicherer aus der Prämie des Kunden, sondern der Kunde die Provision direkt an den Vermittler zahlt“, erklärt Konsumentenberaterin Dr. Karin Hinteregger.

Weil die hohen Kosten vom Kunden nicht mehr getragen werden konnten, wurde die Versicherung bereits nach wenigen Monaten gekündigt woraufhin sich der Konsument mit einer ausstehenden Forderung von 5.444,54 Euro konfrontiert sah, die als Makler-

provision noch offen war und später auch eingeklagt wurde. Er wandte sich daraufhin hilfesuchend an die Konsumentenberatung der AK Vorarlberg. „Vor Gericht konnte dem Vermittler schließlich nachgewiesen werden, dass er gegen verschiedenste vom Gesetz vorgesehene Verpflichtungen verstoßen hatte, sodass ihm keine Provision zusteht“, erläutert die Konsumentenberaterin. Das Urteil des Bezirksgerichts Bregenz ist nicht rechtskräftig.

Auf fünf Jahre aufteilen

Die Problematik mit Nettopolizzen wurde inzwischen auch vom Gesetzgeber erkannt. Seit 1. Juli 2012 ist es bei einem Abschluss von Nettopolizzen nicht mehr möglich, die gesamte Provision von den Kunden einzufordern, sollte die Versicherung in den ersten fünf Jahren gekündigt werden. Das heißt, die Vermittlungsgebühren müssen auf fünf Jahre aufgeteilt und abgerechnet werden.

„Früher abgeschlossene Provisionsvereinbarungen sind von dieser Rege-



Seit 1. Juli können Versicherungsvermittler bei einer Vertragskündigung während der ersten fünf Jahre auch bei Nettopolizzen nicht mehr die gesamte Provision einfordern.

lung allerdings nicht betroffen“, betont Hinteregger. Trotzdem ist es möglich, von Verträgen, die nach dem 11. Juni 2010 abgeschlossen wurden, zurückzutreten. Allerdings nur dann, wenn der betroffene Konsument im Vorfeld über seine Rücktrittsrechte nicht ausreichend informiert wurde. Für Betrof-

fene von Provisionsforderungen gibt es die Möglichkeit, sich bei der AK Konsumentenberatung unter der Telefonnummer 050/258-3000 beraten zu lassen.

AK-Konsumentenberatung: konsumentenschutz@ak-vorarlberg.at

Die Tipps der Konsumentenberater

Zurück zum Sparbuch



Dr. Karin Hinteregger

Durch die Anlegerskandale sind viele Anleger wieder zum altbewährten Sparbuch zurückgekehrt. Grundsätzlich ist hier kein Kapitalverlust möglich, doch sind in den letzten Monaten die Einlagezinsen stark gefallen. Dennoch ist das Sparbuch eine Möglichkeit, Geld sicher anzulegen. Konsumentenberaterin Dr. Karin Hinteregger erklärt, worauf es bei Sparbüchern zu achten gilt.

Sparbucheröffnung

Da eine Identitätsprüfung durchgeführt wird, sollte man einen amtlichen Lichtbildausweis zur Eröffnung mitnehmen.

Namensspargbuch

Beim Namensspargbuch sind Behebungen nur durch den legitimierten Sparbuchinhaber und gegen Unterschrift möglich.

Losungswortspargbuch

Beim Losungswortspargbuch, das auf einen Begriff oder eine Nummer lauten muss, wird die Behebung durch ein Losungswort gesichert.

Gebundene Sparbücher

Überlegen Sie sich gut, bevor Sie sich auf lange Zeit binden, ob Sie nicht doch vorzeitig Geld brauchen.

Zinsen

Mit dem AK-Bankenrechner (www.bankenrechner.at) können Sie vergleichen, welches Sparbuch den höchsten Ertrag bringt. Übrigens: Beträge, die innerhalb von 14 Tagen nach der Einzahlung wieder behoben werden, werden nicht verzinst.

Fixzinsvereinbarung

Zwar gibt es keine Zinsänderung für die Dauer der Bindungsperiode, jedoch fällt der Zinssatz nach Ablauf der Frist häufig auf einen sehr niedrigen Basiszins ab.

Entgelte bei Sparbüchern

Ein Schließungsentgelt oder sonstige Spesen bei Sparbüchern dürfen nur verrechnet werden, wenn diese bereits beim Abschluss vertraglich vereinbart wurden.

E-Mail: konsumentenschutz@ak-vorarlberg.at

Kurz gemeldet ...

- **Im AK-Test:** Die AK Oberösterreich hat fünf gängige Tablet-Computer verglichen. Das Samsung Galaxy Tab bekam als einziges die Note „Sehr gut“.
- **59 Prozent der Österreicher** mögen es nicht, wenn Angebote im Internet aufgrund ihrer Daten auf sie zugeschnitten werden.
- **Vor riskanten Goldgeschäften** warnt die Arbeiterkammer: Gold als Geldanlage ist und bleibt eine Rohstoffspekulation mit entsprechendem Risiko.
- **Ein Drittel der Österreicher** fühlt sich am Arbeitsplatz gesundheitlich beeinträchtigt. Die Mehrheit hat Rücken-, Nacken und Schulterschmerzen sowie Probleme mit den Augen.
- **23 Tankstellenbetreiber** verlangen nach wie vor eine WC-Gebühr. Die ASFINAG droht den Unverbesserlichen nun mit einer erneuten Klage.
- **Europäische Qualitätsprodukte** wie französischer Champagner oder italienischer Parmaschinken sollen auch in Zukunft verstärkt geschützt und vermarktet werden, wie das EU-Parlament entschied. Ursprungsbezeichnungen, geografische Angaben und traditionelle Spezialitäten werden auch weiterhin rechtlich abgesichert.
- **Plastik-kochlöffel enthalten chemische Substanzen**, die beim Umrühren heißer Speisen abgegeben werden. Die AK-Konsumentenberater raten zu altbewährten Holzlöffeln.

Computer-Tipp

DirSync Pro

Mit DirSync Pro (Directory Synchronize Pro) lassen sich Dateien und Verzeichnisse inklusive Unterverzeichnissen synchronisieren. Beim ersten Start finden Sie in den „Jobs“ einen vordefinierten „Job“. Wenn Sie auf diesen doppelklicken, öffnet sich ein Fenster mit den Einstellungen. Hier lassen sich das Quell- und Zielverzeichnis angeben und die Art, wie das Programm die beiden Verzeichnisse miteinander abgleichen soll. Interessant für Anwender mit Laptop und PC: Mit der Option „Synchronize A <-> B“ werden beide Verzeichnisse abgeglichen und die jeweils neuere Version auf die andere Seite kopiert. Bei den Optionen „Synchronize A -> B“ und „Synchronize B -> A“ sind erweiterte Einstellungen möglich, wie zum Beispiel eine Versionierung – das heißt das Programm behält eine angegebene Anzahl von Versionen einer Datei. DirSync Pro ist OpenSource, der Download ist kostenlos.



Oliver Fink

Download:
<http://www.dirsyncpro.org>

Marketing im Bereich Social Media

Die Social-Media-Welt ist ein riesiger Dschungel geworden. Viele Unternehmer und Mitarbeiter aus Marketing und Verkauf wissen nicht mehr, worauf sie sich konzentrieren sollen und wie die einzelnen Werkzeuge erfolgreich eingesetzt werden können. In diesem Seminar unter der Leitung von Roger Koplein lernen Sie, wie Sie Social-Media in das Marketing Ihres Unternehmens erfolgreich integrieren können. Das Seminar findet am 20. Oktober 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch statt.

Wirtschaft: Sandra Studer,
050/258-4032,
sandra.studer@ak-vorarlberg.at

Die Stimme – Ihr Instrument des Erfolgs

In diesem Seminar erfahren Sie auf kompetente und humorvolle Weise, wie Sie am sinnvollsten mit Ihrem wichtigsten Mittel der Kommunikation umgehen können. Sie erleben, wie sich Ihr Stimmklang mit Ihrem ganzen Körper verbindet und wie sich in diesem gelungenen Zusammenspiel von Stimme und Körpersprache Ihre ganz individuelle Ausstrahlung und Persönlichkeit entfalten. Das Seminar unter der Leitung von Andrea Kapun, Gesangspädagogin und Stimmcoach, findet am 2. und 3. November 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch statt.

Persönlichkeitsentwicklung:
Sandra Studer, 050/258-4032,
sandra.studer@ak-vorarlberg.at

Mit zehn Fingern sicher auf der Tastatur

Sowohl im beruflichen als auch im privaten Bereich bringt Ihnen das Beherrschen des Zehn-Finger-Systems auf der Tastatur Sicherheit und ermöglicht Ihnen schnelles und professionelles Arbeiten am Computer. Der Kurs beginnt am 16. Oktober 2012 im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

EDV: Regina Knecht
050/258-4030
regina.knecht@ak-vorarlberg.at



Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ stellt Österreich insgesamt ein gutes Zeugnis in Sachen frühkindlicher Bildung und Betreuung aus.

Frühpädagogik: Österreich im internationalen Vergleich gut

Rund 1,7 Milliarden Euro gab Österreich 2010 für frühpädagogische Bildung und Betreuung aus. Rund ein Viertel davon wurde privat finanziert.

Jährlich wird von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Studie „Bildung auf einen Blick“ herausgegeben. Erstmals wurde frühkindliche Bildung und Betreuung in die Befragung aufgenommen. Die positiven Auswirkungen frühkindlicher Bildung werden von immer mehr wissenschaftlichen Studien bestätigt, so liegt es nahe, diesen Bereich genauer zu beleuchten.

Österreich in guter Position

Die Mehrzahl der OECD-Länder beginnt die Ausbildung weit vor dem

fünften Lebensjahr. Belgien, Frankreich, Island, Italien, Norwegen, Schweden und Spanien haben mit mehr als 90 Prozent die höchsten Beteiligungsquoten von 3-Jährigen an frühkindlicher Bildung (alle Daten beziehen sich auf das Jahr 2010). Hier hinkt Österreich mit 61 Prozent dem EU21-Durchschnitt (73 Prozent) etwas nach, der OECD-Schnitt liegt hier bei 66 Prozent. EU21 bezeichnet jene Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die auch Mitglied der OECD sind.

Mit zunehmendem Alter der Kinder bessert sich im Vergleich die Position Österreichs und liegt bei den 4- bis 6-jährigen über dem Schnitt von EU21 und OECD. So nehmen 89 Prozent der 4-jährigen, 95 Prozent der 5-jährigen und 100 Prozent der 6-jäh-

rigen an frühkindlicher Bildung teil (83 und 79 Prozent, jeweils 93 Prozent und 98 bzw. 99 Prozent).

Wichtiger Indikator

Relativ unterschiedlich sind die Ausgaben der untersuchten Länder gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Im Jahr 2010 entfielen neun Prozent der Gesamtausgaben der OECD für Bildungseinrichtungen auf den Elementarbereich, durchschnittlich also ein halbes Prozent des BIP.

In Australien, Indien oder Irland werden der Studie zufolge höchstens 0,1 Prozent des BIP investiert, während es in Dänemark, Israel und Spanien mindestens 0,8 Prozent sind. Österreich liegt hier mit rund 0,6 Prozent knapp über dem OECD-Schnitt. In

Summe sind das rund 1,7 Milliarden Euro, von denen 25 Prozent aus dem privaten Sektor finanziert werden.

„Auch wenn sich anhand von Statistiken nichts über die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung sagen lässt, sind sie doch ein wichtiger Indikator für den Wert, den man ihr zumisst“, sagt Gerhard Ouschan, der Leiter des AK-Bildungsbereichs. Es sei erfreulich, dass Österreich sich mehrheitlich über dem Schnitt von EU21 und OECD befänden. Klar sei allerdings auch, dass gerade an den Schnittstellen von Kindergarten/Volksschule oder Volksschule/Mittelschule beziehungsweise Gymnasium geregelte Maßnahmen und Kooperation der verschiedenen Institutionen zum Wohl der Kinder ergriffen werden sollten.

Angesehene Referenten im Festsaal der AK Vorarlberg in Feldkirch

„Wissen fürs Leben“: Herbstprogramm 2012

Mit einem bunten Mix an Themen geht „Wissen fürs Leben“ in die nächste Saison.

Die beliebte Vortragsreihe „Wissen fürs Leben“ präsentiert sich im Herbst 2012 mit sehr unterschiedlichen Themen. Angesehene Referenten beschäftigen sich mit Glaubensfragen, dem Diät-Wahn, einem neuen Bild des Alters und der Zeit des Abschiednehmens.

Modert wird die Reihe in bewährter Manier von Dr. Franz-Josef Köb, der zum zweiten Mal seit Be-

stehen auch als Vortragender einen Abend unter dem Motto „Ziemlich beste Jahre – Wir brauchen ein neues Bild des Alters“ gestalten wird.

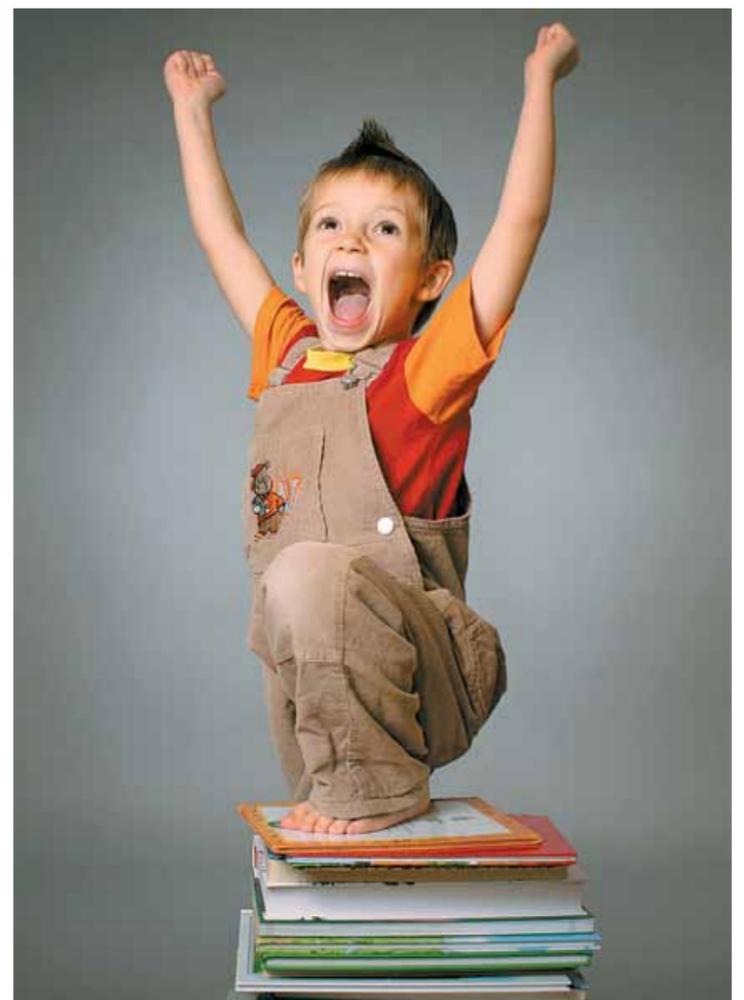
Videos im Internet

Als besonderen Service bietet die AK Vorarlberg auf ihrer Homepage fast alle Vorträge (einige Vortragende stimmen der Verwendung im Internet leider nicht zu) rund um „Wissen fürs Leben“ auch zum Nachhören und -sehen an. So können verpasste Vorträge bequem zuhause „nachgeholt“ werden.

Wissen fürs Leben – Herbst 2012

- Geschichten gelebter Menschlichkeit – Wie Gott durch Grimm'sche Märchen geht, Dr. Eugen Drewermann, 1. Oktober 2012
- Burnout – Risikofaktoren erkennen und verändern, Dipl.-Soz.Päd. Berndt Kühnel, 15. Oktober 2012
- Der Stress mit dem Abnehmen – Befreiung vom Diät-Wahn. Warum nicht jeder abnehmen muss, Dr. med. Heinrich Everke, 29. Oktober 2012
- Ziemlich beste Jahre – Wir brauchen ein neues Bild des Alters, Dr. Franz-Josef Köb, 7. November 2012
- Zeit zu leben, Zeit zu sterben – Befreiung, Wandlung und Heilung erleben, Dr. Franz Schmatz, 16. November 2012

Die Veranstaltungen finden jeweils um 19.30 Uhr im Festsaal der AK Vorarlberg in Feldkirch statt. Anmeldung unter wissen@ak-vorarlberg.at oder Telefon 050/258-4026. Der Eintritt ist frei.



Auf „Wissen fürs Leben“-Fans wartet ein abwechslungsreicher Herbst 2012.

Das Projekt „Bungee“ soll Wiedereinsteigerinnen den Weg in die Berufstätigkeit erleichtern

Bungee: Sprung ins Berufsleben

Nach einer langen Abwesenheit ist es für Frauen oftmals schwer, wieder ins Berufsleben zurückzufinden. Bungee, eine Unterstützungsmaßnahme der AK Vorarlberg für den beruflichen Wiedereinstieg, soll eine Rückkehr in die Arbeitswelt erleichtern.

Bei einem Bungee-Sprung in die Tiefe ist es das Gummiseil, das Vertrauen schafft. Diese Funktion will die AK Vorarlberg für Wiedereinsteigerinnen übernehmen, mit einem vielschichtigen Projekt, bei dem Experten den Frauen als Begleiter und Berater zur Seite stehen.

„Uns ist es wichtig, ein individuelles Konzept für jede Frau zu entwickeln, die zu uns kommt. Dabei werden nicht nur Fachleute mit eingebunden, wir integrieren auch das direkte Umfeld der Wiedereinsteigerinnen und können so ein engmaschiges Netz der Unterstützung knüpfen“, sagt Gerhard Ouschan, Bereichsleiter der AK-Bildungspolitik.

Persönliche Standortbestimmung

In einem ersten Schritt wird eine persönliche Standortbestimmung durchgeführt und ein Stärken- bzw. Schwächenprofil erstellt. In dieses Profil fließt die Selbsteinschätzung genau so ein wie die des persönlichen Umfeldes, die mittels Interviews festgestellt wird. Der zweite maßgebliche Bereich ist die individuelle Arbeitsunterstützung. Dort wird in Abstimmung mit allen Beteiligten nach Schnuppertagen oder Praktika über die weitere Vorgehensweise entschieden.

Zentrales Element des Projektes ist der so genannte Unterstützungspool, der auf die „circles of friends“ zurückgeht, die in den 1990er-Jahren in den USA entwickelt wurden. Neben der Unterstützung bei der Eingliederung in die Arbeitswelt sind konstruktive Lösungen zu Themen im Zusammenhang mit Lebensfragen und Alltags-



„Bungee“ gibt Frauen beim Sprung ins Berufsleben die nötige Sicherheit.

organisation Ziel dieses individuellen Helfernetzwerks. Die Beteiligung der Betroffenen und ihres Umfeldes von Professionellen und Laien soll eine Vielfalt von nutzbaren Ressourcen entstehen lassen. Zusätzlich zu diesem Kreis werden zu bestimmten Fragestellungen Fachexperten eingeladen.

Der Prozess ist von Anfang an ergebnisoffen gestaltet, es wird nicht

krampfhaft versucht alte Muster zu aktivieren und die Wiedereinsteigerinnen in ihrem erlernten Beruf zu vermitteln. „Durch die Unterstützung der Experten und die Einschätzung des näheren Umfeldes der Teilnehmerin können sicher in vielen Fällen Begabungen und Neigungen zum Vorschein treten, die bis dahin für die Frau keine berufliche Rolle gespielt haben. Praktika in unter-

schiedlichen Bereichen vervielfachen die Möglichkeiten und lassen einen umfassenden Blick auf die Arbeitswelt zu“, merkt Ouschan an.

Mehrfachbelastungen

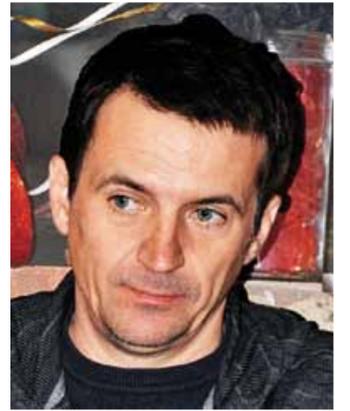
So verschieden die Gründe für eine längere Auszeit aus dem Beruf sind, so unterschiedlich präsentiert sich auch der Wiedereinstieg der Frauen. Oft muss man dabei mehrere Faktoren berücksichtigen. Beispiele aus der Praxis zeigen oft Mehrfachbelastungen auf, wie etwa lange Kindererziehungszeiten gepaart mit der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen.

Viele haben auch Angst davor, sich nach langer Zeit vielleicht nicht auf Antriebe wieder in Arbeitsprozesse eingliedern zu können und sich im Alltag beweisen zu müssen. Hier setzt Bungee an, macht Mut, gibt Selbstbewusstsein und organisiert interdisziplinären Kontakt zu Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Dabei wird das bestehende Netzwerk des Unterstützerkreises genutzt.

Bungee-Trainer Stefan Huck zum Projekt: „Bungee ist wichtig, weil es das Beste aus der Welt des Coachings in einem wunderbaren Konzept vereinigt, um einen erfolgreichen Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen.“

Potenzielle Arbeitgeber können sich innerhalb der Kurz- oder Langzeitpraktika ein Bild von den Fähigkeiten und Arbeitsweisen der Kandidatin machen und werden dabei durch mögliche unterschiedliche Förderungen des AMS unterstützt. Das schaltet das finanzielle Risiko nahezu aus und lässt damit beiden Seiten Zeit, sich ohne Druck zu „beschnuppern“ und die Qualitäten des Gegenübers kennen- und schätzen zu lernen.

i Bungee: Gerhard Ouschan, 050/258-4010, gerhard.ouschan@ak-vorarlberg.at



Christian Futscher präsentiert sich am 19. Oktober in der AK-Bibliothek Bludenz.

Futscher liest in der AK-Bibliothek Bludenz

Entzückend, grotesk, skurril aber vor allem satirisch, so beschreibt der Autor selbst seinen Stil. Erleben Sie den gebürtigen Feldkircher und Lyrikpreisträger sowie Wiener Stadtheurigenwirt am 19. Oktober 2012 hautnah in der AK-Bibliothek Bludenz. Christian Futscher wird einige Passagen aus seinen Werken „Die Blumen des Blutes“, „Nur Mut, kleiner Liebling“ und „Zwei Herren, vier Daumen“ zum Besten geben. Futscher wird in seiner Lesung zum Thema „Österreich liest“ auch bislang unveröffentlichte Werke sowie die eine oder andere Eigenkomposition „Kofferversion“, wie er sie nennt, vorführen. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr, der Eintritt ist frei, um Anmeldung wird gebeten.

i Anmeldung: bibliothek.bludenz@ak-vorarlberg.at oder 050/258-4550

Niedrigqualifizierte: Fachtagung verschoben

Die Fachtagung „Bessere Chancen für Niedrigqualifizierte. Beruflicher Erfolg trotz Lernschwächen?“ musste wegen einer kurzfristigen Absage des Hauptreferenten Nils Beckmann auf das Frühjahr 2013 verschoben werden. Den genauen Termin entnehmen Sie nach Fixierung der AKtion.

Ohne Stress ins neue Schuljahr

„Gut vorbereitet in das neue Schuljahr starten“, unter diesem Motto stand die dritte Ausgabe der AK-Sommerschule im AK-Bildungszentrum in Feldkirch. Eine Woche lang wurden 33 Kinder, die vor dem Übertritt in die Haupt- bzw. neue Mittelschule standen, praxisnah auf diesen neuen anspruchsvollen Abschnitt in ihrer Schullaufbahn vorbereitet. Mit der Auffrischung bzw. Vertiefung des Volksschulstoffes in Deutsch, Mathematik, Englisch und Sachunterricht sollten Überforderung und Stress auf ein Minimum reduziert und die Freude am Lernen wieder geweckt werden. Unterrichtet wurden die Kinder von engagierten Studentinnen der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg, federführend geleitet von Professor Franz Ludescher, der die AK-Sommerschule mit ins Leben gerufen und das pädagogische Konzept ausgearbeitet hat.



Vortrag von Ex-EU-Kommissar Franz Fischler zum Thema „Heraus aus der Krise“ im Ramschwagsaal Nenzing

EU-Vortrag von Franz Fischler in Nenzing

Fast ein Jahrzehnt war Dr. Franz Fischler EU-Kommissar für den Bereich Landwirtschaft. Am 7. November trägt er in Nenzing zum Thema „Heraus aus der Krise“ vor.

Als EU-Kommissar bekleidete der Tiroler Dr. Franz Fischler einen der bedeutendsten Posten der Europäischen Union, im Nenzinger Ramschwagsaal hält er einen Vortrag, der sich mit der Bewältigung der Wirtschaftskrise aus-

einandersetzt ist. Die AKtion erreichte den vielbeschäftigten Consulter via e-Mail, um ihm drei Fragen zu stellen.

AKtion: Der Titel Ihres Vortrags lautet „Heraus aus der Krise“, mit was dürfen die Zuhörer rechnen?

Franz Fischler: Die Menschen sind immer öfter frustriert, weil sie nur Beschreibungen der europäischen Krisen, noch dazu in den düstersten Farben erhalten, aber keine klaren Antworten,

wie mögliche Lösungen aussehen könnten. Ich werde Wege aufzeigen, die aus der Krise herausführen können.

Sie waren sowohl Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft in Österreich als auch EU-Kommissar. Wo sehen Sie die Unterschiede?

Als Landwirtschaftsminister hat man eine nationale Verantwortung, als Kommissar eine europäische. Meine Ministerzeit fiel noch dazu in die



Dr. Franz Fischler am 7. November in Nenzing.

Vorbereitungsphase Österreichs, wo es darum ging, den Menschen zu erklären, was für uns Österreicher der EU-Beitritt bedeutet. Als Kommissar habe ich mich vor allem um Reformen in Europa bemüht.

Sie sind überzeugter Anhänger der europäischen Idee, warum?

Was mich an Europa am meisten überzeugt, ist die Tatsache, dass die große Mehrheit der jungen Leute in Europa ihre Zukunft sehen. Ich möchte alles dazu tun, unsere Nachfolgegeneration nicht zu enttäuschen.

i Anmeldung: Regina Knecht, 050/258-4030, regina.knecht@ak-vorarlberg.at

Buchtipps

Wie man seine Kinder auf Facebook schützen kann

Facebook ist überall. Immer mehr Menschen tragen es in Handys, iPads oder Spielkonsolen mit sich herum. Im Internet ist Facebook längst nicht mehr nur dort, wo Facebook drauf steht, sondern mit verschiedenen Funktionen auf fast allen wichtigen Websites eingebaut – offen oder versteckt. Gerade für Jugendliche birgt das soziale Netzwerk eine enorme Faszination und großartige Möglichkeiten. Gleichzeitig stellt die Kommunikation auf Facebook ganz neue Ansprüche: Jugendliche sollten ihre Privatsphäre schützen, Urheberrechte beachten, Cybermobbing vermeiden und sich von jugendgefährdenden Inhalten, Betrugern und anderen lauernden Gefahren fernhalten. Das ist nicht ganz einfach, aber durchaus möglich. Dieses Buch erklärt, wie Kinder die eigene Privatsphäre schützen können, welche Einstellungen dabei helfen, welche Fehler vermieden werden können und welche Verhaltensweisen auf Facebook für eine sichere und mündige Nutzung hilfreich sind.

Mein Kind ist bei Facebook



Addison-Wesley-Verlag München, 206 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-8273-3153-3, 19,90 Euro

Familienleben der Generation „iEltern“

In Amerika fängt vieles an, was wenig später auch bei uns zur Selbstverständlichkeit wird. 53 Prozent der bei einer Erhebung befragten US-Eltern gaben an, ihre unter 13-jährigen Kinder schon einmal mit einem Smartphone oder Tablet beruhigt zu haben. Zudem wird das Smartphone gerne als Ersatz für gemeinsame Familiensessen verwendet, die in vielen Familien aus Zeitknappheit oft nur schwierig zu planen sind. Darüber hinaus breiten sich die Taschen-Computer auch anderswo im Familienleben immer weiter aus: Eltern verwenden die Technologie, um mit ihren Kindern in Kontakt zu bleiben. Beinahe drei Viertel der Eltern laden Apps für ihre Kinder aus dem Netz, Kinder dürfen meist auch die Geräte der Eltern verwenden.

Computerspiele locken gebildete Schichten

„Das Klischee, wonach Computerspieler meist männlich und eher wenig gebildet sind, ist grundverkehrt. Der Anteil der Spieler ist unter Abiturienten und Akademikern am höchsten“, erklärt der Forschungsleiter Tobias Arns des deutschen Bundesverbandes für Informationswirtschaft (BITKOM). „Jeder dritte Deutsche über 14 Jahre ist ein ‚Gamer‘. 2008 war es nur etwas mehr als jeder vierte“, so Arns. Die Anzahl von weiblichen Computerspielern ist laut der Studie innerhalb von vier Jahren von 22 Prozent auf 28 Prozent gestiegen. Bei der Studie wurde nicht danach gefragt, welche Art Spiele am liebsten gespielt werden.

Kurz gemeldet ...

► **Der größte Anteil** von Managementsarbeit, rund 40 Prozent, wird mit reaktiver Führung verbracht. Das heißt, so das renommierte deutsche Forschungsinstitut Forsa: Es müssen bereits eingetretene Probleme gelöst werden. ► **Laut Gerichtsurteil** muss die WC-Benutzung an Autobahnen gratis sein. In 129 von 152 Raststationen wurde das „Spendensystem“ inzwischen abgestellt, so der Autobahnbetreiber Asfinag, den übrigen Raststätten wurde Klage angedroht. ► **Mit der Verabschiedung** der letzten Verordnung, die Art und Inhalt der Verbraucherinformation regelt, ist die Einführung der „intelligenten“ Stromzähler in Österreich zumindest rechtlich abgeschlossen. ► **Von einer nordenglischen Firma** kommt das erste Kondom mit Fair Trade-Gütesiegel.



Das AK-Team am Stand auf der Herbstmesse berät Eltern, rund um Karenz & Co die für sie richtigen Entscheidungen zu treffen.

Job & Familie: Viele Fragen wurden geklärt

Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die vor und nach der Geburt eines Kindes gelten, sind leider derart undurchsichtig, dass viele Eltern nachteilige Entscheidungen treffen. Die AK Vorarlberg half ihnen auf der Herbstmesse Dornbirn mit verständlichen Informationen.

Fragen um die Karenz und die Wahl des passenden Kinderbetreuungsgeld-Modells standen dieses Mal im Mittelpunkt des AK-Messestandes. Das Angebot wurde von vielen Eltern dankbar angenommen. Das Team des AK-

Büros für Familien und Frauenfragen sorgte mit neuen Broschüren für mehr Durchblick und klärte sachkundig die konkreten Fragen der Standbesucher.

Gewinne für die ganze Familie
Wie immer gab es am AK-Messestand neben fundierter Beratung auch ein auflockerndes Rahmenprogramm. Clown Pompo zog mit seinen Späßen und Kunststücken die Kinder in seinen Bann. Beim Gewinnspiel gab es Preise für die ganze Familie. Der Hauptpreis, ein Wochenende im Ravensburger Spieleland ging an Nadja Fuchs aus

Dornbirn. Je ein Ravensburger-Spiel gewannen Harald Muther, Bludenz, Lara Pfefferkorn, Bludesch, Eva Resch, Lustenau, Christine Rietzlen, Bludenz, Veronika Greussing, Bizau, Isabella Roll, Hard, Ivo Hämmerle, Bregenz, Kay-Uwe Dingeldein, Rankweil, Michaela Mähr, Götzis, Georg Sutterlüty, Egg, Leo Jäger, Alberschwende, Dragan Radulovic, Bludenz, Romana Fink, Sulzberg, Daniela Höcher, Bludenz.

AK-Büro für Familien und Frauenfragen: Tel. 050/258-2600



Nadja Fuchs aus Dornbirn erhielt von AK-Präsident Hubert Hämmerle den Hauptpreis überreicht.



Spaß für Groß und Klein: Clown Pompo im Dauereinsatz am AK-Stand.

Sicherheits-Tipp

Darum „Hören“ schützen



Dr. Alfons Vith
05574178601

Jedes der fünf Sinnesorgane befähigt uns zu besonderen Leistungen in Beruf und Alltag. Bereits im Mutterleib kann der Embryo Umweltgeräusche wahrnehmen, ebenso wie den Herzschlag der Mutter oder Musik. Beim Kleinkind wiederum ist ein funktionierender Gehörsinn für die geistige und emotionale Entwicklung von extrem hoher Bedeutung (Sprachentwicklung, auch Stimmungen werden über die „Stimme“ vermittelt, nonverbale Äußerungen wie Lachen, Weinen, Geräusche etc.) Aus biologischer Sicht ist interessant, dass die Schallenergie alle drei Zustände von Materie durchläuft, bis sie von uns wahrgenommen wird: zuerst als Schallwelle in der Luft, dann über die Gehörknöchelchen (feste Materie) im Mittelohr und zuletzt in der Flüssigkeit des Innenohrs! Im Innenohr sitzen die „Empfänger“, welche die Schallimpulse noch in elektrische Nervenreize umwandeln und zum Gehirn weiterleiten. Der härteste Knochen in unserem Körper ist das sogenannte Felsenbein im Kopf, und in diesem Felsenbein ist eben dieses Innenohr gut geschützt eingebaut. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die Natur einen besonderen Schutz unseres Gehörs für dringend notwendig erachtet! Lärmeinwirkung kann zu Gehörschädigung führen – einerseits



sollen Lärmquellen in Beruf und Alltag möglichst gemieden oder abgekapselt werden (Maschinenlärm), andererseits im Lärmbereich zumindest ein guter Gehörschutz verwendet werden! Gehörschädigungen führen zu sozialer Ausgrenzung, da das Sprachverständnis leidet – und Hörgeräte können nur teilweise die erfolgte Schädigung ausgleichen. Abschließend sei betont, dass sich einer bestehenden Lärmschädigung später noch die Altersschwerhörigkeit dazugesellen kann – deshalb wichtig: rechtzeitig vorbeugen!

Arbeitsinspektion Bregenz, www.arbeitsinspektion.gv.at

Meine Meinung zum Thema

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Name / Adresse

.....

.....

.....

.....

Postgebühr zahlt Empfänger

An die
AK Vorarlberg
Redaktion Aktion
Widnau 2-4
6800 Feldkirch

Ihre Zuschriften werden belohnt

Ihre Meinung, bitte!

Eine lebendige Zeitung für alle Arbeitnehmer in Vorarlberg lebt vom Dialog. Ihre Meinung ist uns viel wert.

Gewinnen Sie einen E-Book-Reader von Sony!



Die Rubrik „Leserforum“ auf Seite 2 steht ganz im Zeichen Ihrer Meinung und Anregungen. Schreiben Sie uns zu einem der Themenbereiche Arbeit, Bildung und Konsumentenschutz einen Leserbrief und gewinnen Sie mit etwas Glück einen Sony E-Book-Reader. Das Porto übernehmen wir, wenn Sie den Kupon links verwenden. Sie können uns aber auch eine E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at senden.

Hier einige Themen aus dieser Ausgabe der AKtion, zu denen uns Ihre Meinung besonders interessiert: das Recht von Arbeitnehmern auf Streik (Seite 3), zur Verteilung der Steuerlast (Seiten 6/7), ein kostenloses Basiskonto (Seite 9) und auch zur Situation der frühkindlichen Pädagogik in Österreich (Seite 10).

Für die Verlosung des E-Book-Readers als Gewinn drücken wir allen Einsendern die Daumen!